

Volksmacht

Die doppelte Beizelle 25 Pfg. für auswärts 30 Pfg., die doppelte Reklamizelle 30 Pfg., Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen 10 Pfg. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet. Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

Die Volksmacht erscheint wöchentlich, einmal am Sonnabend. Bezugspreis monatlich 35 Pfg., vierteljährlich 1,00 Mk., einschließlich Frachtposten. In den Abholstellen monatlich 30 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,02 Mk. einschließlich Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pfg.

Organ für die werftätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr. 42

Danzig, Sonnabend den 21. Oktober 1916

7. Jahrgang

Zur Kriegslage

Von Richard Gädte, Artillerie-Oberst a. D.

Nach wenn man sich gewöhnt hat, die Kriegereignisse grundsätzlich mit nüchternem Auge und ohne überschwängliche Hoffnungen zu betrachten, muß man eingestehen, daß unsere Lage im Oktober sich bisher recht günstig gestaltet hat. Dazu hat gewiß in hohem Maße die Entwicklung der Dinge im Südosten beigetragen. Die Kriegserklärung Rumäniens hat keinen Aufschwung des Krieges herbeigeführt, sie hat weit weniger Bedeutung gehabt als die Sommeroffensive in Ostgalizien und als die Sommeroffensive in Westgalizien. In Rumänien und Ostgalizien hat überhaupt als einziger Erfolg einen zeitweiligen geringen Raumgewinn in Siebenbürgen zu verbuchen. Das ist ein neuer Beitrag zu der alten Erfahrung, daß Raumgewinn an sich ohne den Sieg in der Feldschlacht so gut wie gar keine Bedeutung besitzt. Selbst die Folge, dem Gegner Hilfsmittel zu entziehen und dem eigenen Heere zuzuführen, hat die Befehung feindlichen Gebiets nur dann, wenn sie ausgedehnt ist und zu einer langandauernden Besetzung führt; das aber wird wieder nur durch einen tatsächlichen Erfolg über die Heere des Gegners erreicht. Nun hat der Bivernverband wohl wesentlich andere Erwartungen an den Eintritt Rumäniens in den Weltkrieg geknüpft; seine Heere sollten mit Hilfe der Russen und der von Süden entgegenkommenden Salonikarmee Bulgarien über den Haufen rennen, wie wir vor einem Jahre Serbien vernichtet hatten, sie sollten dieses Land wiederherstellen, die Verbindung der Mittelmächte mit Konstantinopel zerschneiden und die vereinfachte Türkei zum Frieden zwingen. Man nahm an, daß die Kämpfe im Osten und Westen die deutsche Kraft voll in Anspruch genommen hätten, jedenfalls eine rasche und beträchtliche Hilfeleistung nicht zuließen. Das war in der Tat ein Ziel, „des Schweiges der Edlen“ wert. Wenn der große Wurf gelang, konnte es — das dürfen wir jetzt zugeben — der Anfang vom Ende sein. Deutschland und Osterreich-Ungarn wurden dann wirklich eine belagerte und von allen Seiten eingeschlossene Festung.

Aber in den Balkanländern weiß man immer nicht, wer von unseren Feinden Betrüger oder wer der Betrogene ist. Es scheint, als ob jeder den anderen betrüge und jedenfalls keiner dem anderen über den Weg traue. Rußland hatte die Hunderttausende, mit denen es gepöhlte und seinen neuen Freunden ebenso wie seine alten gelobt hatte, um mit ihnen durch Rumänien und über die Donau zu ziehen, nicht bereit. Sie schlummerten in den Massengräbern des Ostens. Rumänien aber hatte es eiliger, seinen Raub im Norden, den Preis seines Verrats, als Hauptpfand zu befehen, und verabsäumte darüber, sich die Vorbedingungen des Sieges zu schaffen. Gegen Süden sollten die norgespiegelten russischen Heere, eine neue Art Bolentischer Dörfer, die Arbeit verrichten, Sofia besetzen, Konstantinopel bedrohen. Nur ein rumänisches Heer wurde — in zwei getrennten Gruppen — südlich der Donau versammelt, drei aber von allen Seiten gegen Siebenbürgen in Bewegung gesetzt. Die Armee Sarrails endlich war zu einer entscheidenden durchgeführten Vorwärtsbewegung auch jetzt — zehn Monate nach ihrer ersten Landung — noch immer nicht bereit. Sie fürchtete noch immer einen Rückenangriff des schwachen Griechenlands, mag auch durch Krankheiten und Mangel an Trotz wie Schicksal bedingt gehindert gewesen sein. Erst am 11. September setzte sie sich langsam und zögernd mit ihrem linken Flügel in Bewegung. Die vor einem Jahre im Stiche gelassenen Reste der serbischen Armee sollten hier den Sturmloß spielen und als Kanonensfutter von neuem dienen. Das Entscheidende war schließlich, daß alle diese Gegner sich über die militärische Kraft Deutschlands gründlich getäuscht hatten. Sie hatten sich so lange in den hohen Bahnen unserer großen Verluste hineingeredet und von diesem beissenden Neutralen darin bestärken lassen, daß sie selber ernstlich, wenn nicht an die Erschöpfung, so doch an ein Erlahmen unserer Volkskraft geglaubt hatten. In Wirklichkeit sind ihre eigenen Verluste viel höher als die unsrigen — wie schmerzlich diese auch sein mögen —, daß die weitaus größere Zahl ihrer Bevölkerung dadurch weit gemacht wird. Die dauernden Verluste der Russen z. B. sind selbst im Verhältnis ihrer mehr als doppelt so großen Volkszahl doch noch größer als die unsrigen, von der unergleichbaren absoluten Masse ganz abgesehen. Ich habe in meiner letzten Betrachtung die Einbuße von Engländern, Franzosen, Russen in ihrer Sommeroffensive seit dem 1. Juni dieses Jahres auf weit über zwei Millionen Köpfe geschätzt und glaube darin vorfichtig gewesen zu sein.

Dazu kommt, daß aus verschiedenen Gründen, mit Ausnahme der Franzosen, keiner unserer Gegner die eigene Volkskraft militärisch so nutzbar zu machen versteht wie Deutschland. Es geschah also, daß wir trotz der riesigen Anstrengungen unserer Gegner in Ost und West doch noch imstande waren,

so starke Streitkräfte nach Siebenbürgen abzugeben, daß diese im Verein mit unseren Verbündeten den rumänischen Einbruch nicht nur aufhalten, sondern zum Scheitern bringen konnten. Gewiß wurden wir dadurch unterstützt, daß die rumänische Heerführung von allem Anfang an schwächlich und unentschlossen war. Sie packte eben zu gleicher Zeit nach vorwärts und nach rückwärts. Eine Ahnung kommenden Unheils lag über allen ihren Maßnahmen.

So wurden erst ihre Balkantruppen von Deutschen, Bulgaren, Türken schwer geschlagen und zum Teil vernichtet. Dann aber wurde ihre Hauptgruppe durch zwei überraschend schnell in Siebenbürgen versammelte Heere der Mittelmächte in überaus ungünstige Gefechtslagen verwickelt, bei Hermannstadt in den Tagen des 26. bis 29. September geschlagen, über Fogaras in östlicher Richtung abgedrängt, an der Senke am 5. Oktober abermals geworfen und endlich am 7. und 8. Oktober bei Kronstadt zum drittenmal geschlagen, trotzdem von Norden her Unterstützung einzugreifen versuchte. Die Lage ist nun so, daß die erste rumänische Armee zum Teil gesprengt und vernichtet ist, während ihre Reste bei Orsava und östlich in bedenklicher Lage stehen. Ihre Armee ist schwer geschädigt und hat die Verbindung mit der besetzten Hauptstadt Bukarest verloren; sie wie die benachbarte Nordarmee, die von unseren Verbündeten in den letzten Tagen mehrfach geworfen wurde, zieht sich in östlicher Richtung zurück. Inzwischen sind südlich der Donau 4 Divisionen vernichtet, und der Rest der Rumänen, von einigen russischen Divisionen verstärkt, hält sich in der Linie Cernawoda—Konstanza, den Rücken genau wie die Hauptgruppen der rumänischen Grenze zugekehrt. In Rumänien selbst aber beruht man in aller Eile die unausgebildeten Siebzehnjährigen und Sechzehnjährigen zu den Fahnen. Kaum sechs Wochen nach der Kriegserklärung Rumäniens stehen die Mittelmächte stärker als je da, das ehrgeizige Königreich hingegen befindet sich bereits in bedenklicher Lage. Das Phantom Serbiens, dessen Vernichtung gerade vor einem Jahre begann, steigt schreckend genug vor ihm auf.

Inzwischen droht unserm Bundesgenossen Bulgarien auch von Süden her, trotz einiger Erfolge der Salonikarmee, keine ernste Gefahr. Sollte es indessen wirklich nötig werden, so könnten keine an der mazedonischen Grenze stehenden Heere jeden Augenblick von Norden wie von Osten her ausgiebig unterstützt werden. Die Verbindungen sind frei; die Offensive Sarrails ist bereits jetzt gegenstandslos geworden.

In diesem Ergebnis haben die erbitterten Anstrengungen der Engländer und Franzosen an der Somme nichts zu ändern vermocht. Wenn Joffre sich auch in einem Tagesbefehl den Anschein gibt, mit seinen taktischen Erfolgen zufrieden zu sein, mit 25 eroberten Dörfern und 35 000 Gefangenen prahlt, so sind das leere Dokumente, für die Umwelt bestimmt. Auch seine großen und allgemeinen Stürme vom 1. und 2. Oktober und dann wieder vom 7. und 8. Oktober haben ihm in Wahrheit nur vermehrte Verluste, sonst nichts eingetragen; er hat weder den Durchbruch erzwungen, noch auf den Gang der Dinge im Südosten irgendeinen Einfluß gewinnen können. Daß er versuchen wird, die Angriffe zu erneuern, ist möglich. Vor Eintritt des Winters seinem Volke ein greifbares Ergebnis des furchtbaren Aderlasses zu bringen, muß ja ein dringender Wunsch sein. Die zunehmende Erschöpfung der französischen Volkskraft können wir jedenfalls als greifbaren Posten in unserer Gewinnseite verzeichnen; inwiefern die Engländer noch imstande sein werden, ihre Verluste zu decken oder gar ihre Frontstärke zu vermehren, müssen wir abwarten. Leicht wird es ihnen nicht werden.

Die Russen, das haben die vergeblichen Angriffe der letzten Wochen gezeigt, sind zurzeit wieder einmal am Ende ihrer Offensivkraft angelangt. Daß sie noch Menschenmaterial herbeischleppen können, um die riesigen Lücken zu stopfen, kann als wahrscheinlich zugeben werden. Aber sie werden Monate brauchen, um es einigermaßen kriegsfähig zu machen, und werden in dieser Arbeit gehindert werden durch den zunehmenden Mangel an geeigneten Offizieren. Auch die Italiener Cadornas sind zu ihrer achtten Monzo-Offensive noch nicht angetreten, natürlich nur, weil ihnen die Kräfte fehlen.

Am Beginn des Oktober haben also nicht die Gegner, sondern die Mittelmächte eine erfolgreiche Offensive durchzuführen vermocht.

Kriegsnachrichten

Die Hölle an der Somme.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Die stolzen Hoffnungen, die die Franzosen beim Beginn der Sommeroffensive hegehten, sind längst geschwunden. Die Begeisterung, die den Sieg sicher wähnte, machte einem Gefühl

der Hoffnungslosigkeit Platz. Ganz anders als die Zeitungen in Paris und London beurteilen die Frontsoldaten die Situation, wie aus den Angaben von an der Somme gefangenen Angehörigen von vierzehn Divisionen hervorgeht. Sie fürchten alle den Abtransport nach der „Hölle an der Somme“. Die Ueberläufer mehren sich. Ein gefangener Franzose kennzeichnet die Lage in Anbetracht des geringen Geländegewinnes durch folgenden Ausspruch: Unsere Kinder erst werden die deutsche Grenze erreichen.

Die Lage an der Rigafront.

Der Korrespondent der Petersburger Telegraphenagentur berichtet über die schwierige Lage der russischen Heere an der Rigafront. Unaufhörlicher Regen hat in einzelnen Gegenden das stets feuchte Land in unzählige Seen verwandelt. Der Morast ist völlig unpässierbar. Die Flüsse sind gestiegen und bedecken große Flächen. Unter diesen veränderten Verhältnissen mußten die Angriffe eingestellt werden. Der Aufenthalt in den Schützengräben ist fast unmöglich geworden, da sich wahre Wasserströme hineingerießen. Das Wasser zerstört auch die Erdverschanzungen, und an vielen Stellen ist es in solchen Mengen in die Laufgräben gedrungen, daß man die Besatzungen zurücknehmen mußte. Die Deutschen führen trotz der Herbststürme und dem vernichtenden Regen ein vollkommenes neues Schützengrabensystem durch. Sie transportieren große Mengen Baumstämme nach den Gräben, um Schutzwände gegen das eindringende Wasser herzustellen.

Keine Hoffnung auf militärische Befiegung der Mittelmächte.

Aus Manchester meldet das B. L. B.: Sonnabend hielt der sozialistische Abgeordnete Snowden bei einer Veranstaltung der Arbeiterpartei eine Ansprache, in der er sagte, die militärischen Ereignisse seit Juli bewiesen klar, daß jede Hoffnung auf militärische Befiegung der Mittelmächte geschwunden sei. Wenn der Krieg bis zur militärischen Entscheidung ausgekämpft werden sollte, müßte er viel länger dauern als drei Jahre. Aber der Krieg könnte nicht noch zwei oder drei Jahre weitergeführt werden wegen der großen Verluste an Menschen. Die britischen Gesamtverluste betragen seit der Julioffensive 300 000 Mann. In seiner Unterredung mit dem amerikanischen Journalisten W. H. George der Frage aus, was Frankreich über einen Krieg von zwei oder drei Jahren weitergeführt hätte, sagte er: Frankreich würde keine Männer mehr übrig haben, wenn der Krieg noch länger dauerte. Wofür kämpfen wir? fragte Snowden. Anfangs glaubte man für Belgien. Das glaubt jetzt niemand mehr. Die Regierung weigerte sich immer, sich über ihre Verpflichtungen gegenüber Rußland auszulassen. Aber die Frage würde von neuem im Unterhaus gestellt werden, ob England tausende Männer verloren und die Wehrpflicht eingeführt habe, damit Rußland Konstantinopel erhalte.

Englische 45-Zentimeter-Geschütze.

Der englische Korrespondent Beach Thomas schreibt: Die jüngsten englischen Angriffe an der Front am Donrtag nachmittag, die in verhältnismäßig kleinem Stil stattfanden, aber von Artilleriefeuer von beispielloser Heftigkeit zwischen der britischen und der deutschen Artillerie begleitet waren. Zum ersten Male wurden englischerseits dabei Geschütze von 18 Zoll (45 Zentimeter) verwandt.

— 64 Milliarden. An Kriegstrediten wurden bisher vom deutschen Reichstage bewilligt:

Am 4. August 1914	5 Milliarden Mark.
„ 2. Dezember 1914	5 „ „
„ 20. März 1915	10 „ „
„ 20. August 1915	10 „ „
„ 21. Dezember 1915	10 „ „
„ 7. Juni 1916	12 „ „
Neue Forderung	12 „ „
Summa	64 Milliarden Mark.

Politische Rundschau

Verbot des Vorwärts.

Aus den Reichstagsverhandlungen ist bekannter geworden, daß der Vorwärts seit dem 9. Oktober durch das Oberkommando in den Marken verboten ist. Die Erklärungen, die Ministerialdirektor Vowald und Staatssekretär Dr. Helfferich zu dieser Angelegenheit abgegeben haben, waren nur als zureichend geeignet, das Oberkommando in der Aufrechterhaltung des Verbots zu stärken. Das Oberkommando scheint der Ansicht zu sein, daß der Vorwärts erst dann wieder gedruckt werden darf, wenn Sicherheit gegeben werde, daß die Redaktion ihrer

stärker gegebenen Folge, den Burgfrieden zu wahren, nach-

dem die liberalen Berliner Tagesblätter und die konservativen Deutschen Tageszeitung vor einiger Zeit ver-

in Berlin, dem sozialdemokratischen Berlin, gibt es nicht weniger als acht bis zehnmal täglich erscheinende Blätter, die der

Wie die Berliner Pressefreie gelöst werden wird, läßt sich in diesem Augenblick nicht voraussagen.

Vom 19. Oktober erscheint der Vorwärts wieder. Der Parteivorstand steht am Kopf des Blattes mit, daß das Ober-

Die Briefe des Fürsten zu Salm-Horstmar. Der Abgeordnete Genosse Scheidemann schreibt dem Sozialdemokratischen

Aus dem Zeitungsbericht über die Reichstags-Sitzung (am Mittwoch) ersehe ich, daß der Abgeordnete Graf von Westarp in

Die Befehle des Fürsten zu Salm sind in zahlreichen Exemplaren verbreitet. Wer sie in den Verkehr ge-

Ich behalte mir daher vor, ebenfalls von der demnächst erscheinenden dem mit erheblichem Interesse zu machen.

Daß ich mir nur erlauben darf, Verwechslungen der demnächst erscheinenden dem mit erheblichem Interesse zu machen.

Da Scheidemann.

Zur Neuorientierung

Laßt: Im Besonderen Scheidemann am 11. Oktober im Reichstags-Plenar-Sitzung, als während unvorhergesehen großen

Wir kämpfen um, für jeden oder jeden Mann, die auch nicht für die oder jeden Reichstags-Plenar-Sitzung, sondern wir kämpfen

Die Regierung, die ich für mich wünsche, würde Deutschland bald einen christlichen Frieden herbeiführen können.

stellung völliger Press-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, Frei-

Meine Herren, glauben Sie wohl, daß es sich für mich darum handelt, hier eine akademische Prinzipienrede abzu-

Von den bürgerlichen Rednern verdienen vor allem die Ausführungen des fortschrittlichen Redners Neumann Erwäh-

Die Männer, die draußen in den Schützengräben liegen und dort am Abend, wie wissen es, über allerlei Dinge reden, aber

Man kann allerdings nicht übersehen, daß Raumann in seiner Parteigruppe in dieser Hinsicht eine Ausnahmestellung

Festhalten der Regierung am Belagerungszustand.

Der Ausschuss für den Reichshaushalt erörterte am Montag den Belagerungszustand. Die Zensur soll erst im Anschluß

Meinen, seien die Behörden oft sehr ungeschickt gewesen. Staats-

Die Kartoffelfrage

beschäftigte den Reichstag am 13. und 14. Oktober. Außer einer Interpellation unserer Fraktion lagen noch Interpellationen

Der Präsident des Kriegsernährungsamtes v. Batocki griff mehrmals in die Debatte ein. Er zeigte sich in der Form

Man darf demnach hoffen, daß die fast aus allen Parteien mit gleicher Dringlichkeit geäußerten Beschwerden und

Die Kartoffel-Kalamität.

Unter der Überschrift „Die Kartoffelnot“ veröffentlicht Reichstagsabgeordneter Genosse Robert Schmidt im

Gegenwärtig haben wir bereits den Zustand, daß die Brennereien und Kartoffelflockenfabriken für Kartoffeln

Auf die zur Ablieferung gelangenden Kartoffeln erheben Anspruch:

a) Die Stärke- und Flockenfabriken, dieselben haben (genau wie die Städte) ein bestimmtes Kontingent zu fordern, sie zahlen

b) Die Brennereien. Auch die Brennereien zahlen für unfortierte Kartoffeln die gleichen Preise wie für fortierte Speise-

Wiesbaden werden auch Kartoffeln eingemietet, um höhere Preise im Frühjahr abzuwarten, weil nach den Erfahrungen des

Für die zu versorgenden Kommunalverbände bleiben deshalb jetzt wenig Kartoffeln übrig.

Geheimer Regierungsrat.

Gardelegen, 3. Oktober 1916.

So sieht die Beurteilung der Kartoffelnot bei der preussischen Verwaltung aus. Erst die Stärke- und Flockenfabriken, dann die Brennereien und

Danzigs Ernährung

befähigte die Stadtverordnetenversammlung am 17. Oktober wieder in vier Stunden langen Verhandlungen. Nach den eingehenden Erörterungen vom 26. September, die sich hauptsächlich mit der Nichtverwertung der städtischen Güter bei der Ernährung Danzigs beschäftigte, mußte sich der Zuhörer fragen, welchen bestimmten Zweck die erneute Verhandlung wohl hätte? Ganz klar trat dies trotz der umfangreichen Erörterungen nicht hervor. Die Rücksicht auf die Stadtverordnetenwahlen kann wohl nicht allein die treibende Kraft gewesen sein. Vergleicht man beide Verhandlungen, so fällt besonders die Richtung, in der sie sich bewegten, auf. Am 26. September wurden die Unterlassungen der Stadt in solchen Umfange kritisiert, daß man nicht verstand, wie sie in der neuen Beratung, obwohl sich sachlich nicht viel geändert hat fast gar keine Rolle spielten. Am 17. Oktober wurde zwar auch von Unterlassungen der städtischen Verwaltung gesprochen. Fast alle Redner wendeten sich aber, wie in einem neu geschlossenen Burgfrieden, gegen die Berliner Verwaltungswirtschaft und deren Sünden. Es war also ein völliger Richtungswechsel! Oberbürgermeister Scholz leitete die Verhandlung noch vor Eintritt in die Tagesordnung durch Verlesung eines Schreibens des Regierungspräsidenten Förster vom 19. September, das er erst nach der vorigen Sitzung zu Gesicht bekommen hatte, ein. Der Regierungspräsident erklärte darin, daß das von Stadtrat Hein im Februar gegen sich selbst beantragte Disziplinarverfahren nicht begonnen werden könne, weil die von mehreren Stadtverordneten gegen Hein erhobenen Vorwürfe unbegründet wären. Dieser Teil der Verlesung wurde durch Härt-Hört-Rufe aus der Versammlung unterstrichen. Die Angelegenheit Hein wurde in der folgenden Beratung besonders durch den konservativen Stadtv. Brunzen wohl nicht ohne besondere Absicht noch einmal zur Sprache gebracht. Er stellte fest, daß der Oberbürgermeister, wie auch mehrere Stadtverordnete sofort zurufend bestätigten, das Fortbleiben des Stadtrats in der vorigen Sitzung damit begründet hatte, daß dieser völlig nervös gebrochen sei. Brunzen verlas darauf im Wortlaut die Mitteilung unserer Nummer 41, daß Hein während der Verhandlungen in der Concordia gefessen und Karten gespielt hat. Der Redner fragte den Oberbürgermeister, ob die Angabe der Volkswacht wahr sei. Treffte sie zu, so sei sie traurig für den Stadtrat, sei sie unwahr, so wäre sie traurig für den, der sie geschrieben habe. Beim Verlesen der Volkswacht-Notiz erfolgte ebenfalls der Zuruf, daß sie wahr sei! Oberbürgermeister Scholz erwiderte nur, daß ihm der Zeitungsartikel nicht bekannt sei. Im übrigen wisse er nur, daß Hein sich Krankheits halber nach Wiesbaden abgemeldet habe, vorher die beiden städtischen Güter noch einmal angelesen habe und in seinem Bureau zur Erledigung der Arbeiten gewesen sei. Eine Widerlegung unserer Mitteilungen sind diese Angaben selbstverständlich nicht.

Eingeleitet wurde die Besprechung der Ernährungsverhältnisse durch eine gemeinsame Anfrage der Stadtv. Behrendt, Brunzen und Klawitter von der Bürgerpartei, denen sich der Liberale Falk angeschlossen hatte. Sie fragten, in welcher Weise der Magistrat für den Lebensmittelbedarf im kommenden Winter gesorgt habe, wie er das Stehen der Käufer vor den Lebensmittelgeschäften beseitigen wolle und wann diese Maßnahmen durchgeführt sein würden? Die Begründung gab Stadtv. Klawitter ganz kurz in der Weise, daß er

meinte, die Stadtverordneten müssen die gegen den Magistrat gerichteten Angriffe mit verantworten. Daher müßten sie auch genau über das unterrichtet werden, was geschehe. Die Stadtverordneten, die ehrenamtlich mitarbeiten wollten, erhielten in der städtischen Verwaltung meist nur Statistenrollen ohne Machtbefugnis. Die Ausgabe der verschiedenen Nahrungsmittelarten müsse zentralisiert werden. Diese Begründung begründete eigentlich sehr wenig. Oberbürgermeister Scholz antwortete erst verhältnismäßig kurz. Er betonte, daß jetzt vor allem Ruhe die erste Bürgerpflicht sei, und verlas zur Bekräftigung dieser Meinung das folgende Schreiben des stellvertretenden kommandierenden Generals, Generalleutnants Wagner:

Das stellvertretende Generalkommando verkennt keineswegs die großen Schwierigkeiten, die zurzeit in der Kartoffelversorgung der Stadt Danzig bestehen, und ist sich wohl bewußt, was seitens der Stadtverwaltung an Müheverwendung geleistet wird.

In aller Würdigung der vorewähnten Lage sind von Seiten der Militärverwaltung Gespanne und Mannschaften zur Abfuhr der Kartoffeln und zur Einernung derselben, soweit irgend möglich, unentgeltlich zur Verfügung gestellt worden. Das stellvertretende Generalkommando wird auch in Zukunft zu helfen suchen, soweit es nur irgend kann.

Wenngleich augenblicklich eine Not nicht mehr besteht, so kann sich dieselbe im Laufe des Winters wiederholen.

Es wird Sache der Bevölkerung sein, mit gleicher Geduld und Ruhe, wie unsere unvergleichlichen Truppen, die Gefährnisse im Felde ertragen, diesen Notständen gegenüberzutreten. Ich stelle anheim, bei der nächsten Stadtverordnetenversammlung von diesem meinem Schreiben Gebrauch zu machen.

In bei ihm gar nicht selbstverständlicher ruhiger, fast milder Art gab er besonders Schwierigkeiten bei der Kartoffelversorgung zu. Wohl hätten auch die Magistrate die für sie neue Aufgabe der Versorgung mit Lebensmitteln nicht immer ohne Fehler bewältigt. Es sei aber falsch, wenn die Presse, vornehmlich über Berlin, versichere, daß alles reichlich vorhanden sei. Leider sei dies nicht so. Aber wir würden schließlich doch ausreichen. Scholz versicherte weiter, daß er und die anderen Mitglieder des Magistrats nicht besser versorgt würden als die Bürger. Schinken habe er schon lange nicht gesehen. Auch sei es nicht richtig, daß die Stadt Butter verderben ließ und sie an Seifenfabrikanen verkaufte. Keine Kraft, die bei der Stadt mitarbeiten wolle, sei zurückgewiesen oder unrecht behandelt worden. Die Forderung des Reichskanzlers: Freie Bahnen allen Tüchtigen! sei für Danzig längst erfüllt und gar nichts neues! Als wir diese schöne Versicherung hörten, erinnerten wir uns daran, daß derselbe Oberbürgermeister einst erklärte, er werde jedem Bürger das Leben angenehm machen. Am 14. Oktober sprach Scholz auf der Kriegstagung des Verbandes Westpreussischer Frauenvereine, und versicherte den anwesenden Damen, daß gerade er mit der Mitarbeit der Frauen auf allen Gebieten die besten Erfahrungen gemacht habe. Dabei steht ganz außer Zweifel, daß unsere Genossinnen von der Mitarbeit in der Kriegshilfe gerade durch Oberbürgermeister Scholz in recht häßlicher Weise entfernt worden sind. Die Danziger Freie Bahn für alle Tüchtigen wird gerade durch jene Vorfälle eigenartig beleuchtet. Wir haben wiederholt darüber gesprochen und können daher heute aus Raumgründen darauf nicht näher eingehen. Es ist nicht unsere Schuld, wenn hier so manchen schönen Worten ganz andersgeartete Taten gegenüberstehen.

Ueber die Erfahrungen, die die Stadt mit der Beschaffung verschiedener Lebensmittel gemacht hat, verbreitete sich be-

sonders der Direktor des städtischen Kriegsernährungsamtes, Dr. Grünspan. Gründliche Durcharbeitung seines Materials und Sachkunde muß ihm zugesprochen werden. Die Antwort auf die Fragen, die Gegenstand der Beratung waren, gab seine Rede in dem wünschenswerten Maße aber auch nicht. Die starke Betonung der Berliner Unterlassungen beseitigt die unserer Stadtverwaltung keineswegs. In der Kritik der Kommissionsgebühr für die aus den Landkreisen gelieferten Kartoffeln von 20 Pfg. pro Zentner sind wir mit dem Redner einer Meinung. Er schilderte das tragische Schicksal, das die von Flandern auf Berliner Anordnung für Danzig gelieferten Kaninchen hatten. Sie seien leider vorwiegend tot angekommen, weil man den Tieren weder einen Begleiter, noch Futter und Wasser mitgegeben hatte. Etwa 10 000 Gänse habe die Stadt auf Stoppeln mähen wollen. Die Züchter hätten die Tiere auf Berliner Anweisung jedoch nicht der Stadt überlassen dürfen. Offenbar seien sie nach Berliner Mästereien gegangen. Denn später habe man sie gemästet doch an Danzig abgegeben. Ferner habe die Stadt die Rinderknochen von den Verbrauchern zurückkaufen und zur Fetterzeugung verarbeiten wollen. Man würde so in der Woche 10 bis 15 Zentner Fett gewonnen haben. Die Reichsstelle für pflanzliche und tierische Öle und Fette habe jedoch die Genehmigung dazu nur dann erteilen wollen, wenn ihr mindestens 75 Prozent des erzeugten Fettes überlassen würden. Zur Begründung wurde gesagt, daß Danzig sonst gegenüber den Orten in der Fetterzeugung bevorzugt sein würde, die sich eine solche Anlage nicht schaffen könnten. Dr. Grünspan stellte ferner Schusspeisungen und erweiterte Massenspeisungen in Aussicht. Auch werden Fabrikpeisungen durchgeführt werden. Suppenwürfel dürften nicht mehr dem freien Handel überlassen bleiben. Stadtv. Brunzen lehnte die Kommissionsgebühr von 20 Pfg. pro Zentner ab, fand aber dafür den Preis für den Zentner Kartoffeln bei Lieferung durch den Erzeuger mit 4,75 Mark nicht genügend! Scharf wendete er sich gegen den Kriegswucher auf nicht agrarischem Gebiet. Er verwies darauf, daß Danziger Kaufleute sich in letzter Zeit Güter im Westpreußen und Polen gekauft hätten. Ferner machte er auf den Fall Ragenellenbogen aufmerksam, durch den bekanntlich Getreide während des Krieges sogar nach England verschleppt worden ist. So wie man nach dem Kriege die gesunkenen Helben durch Plaketten ehren würde, solle man auf den Marktplätzen Schandsäulen errichten zur Brandmarkung der Kriegswucherer, die am Markt des Volkes zehrten!

Stadtv. Kavalik fand die städtische Verwaltung zu juristisch-bureaucratisch. Bei aller Tüchtigkeit könne Dr. Grünspan unmöglich allein die Versorgung der 200 000 Danziger Einwohner regeln. Man habe zu viel Juristen und junge Assessoren in der Verwaltung statt praktisch erfahrener Männer. Den Verlust der Kaninchen hätte man leicht vermeiden können, wenn man sie durch einen tüchtigen Juristen oder ähnlich Sachverständigen hätte abholen lassen. K. stellte ferner fest, daß die Stadt der größte Grundbesitzer des Danziger Landkreises ist. Er wünschte Auskunft, was denn die Stadtverwaltung für Nahrungsmittel von diesen Gütern ihrer Bevölkerung zugeführt habe? Auf diese überaus wichtige Frage gab es leider auch von Dr. Grünspan keine Antwort! K. forderte ferner auch die Förderung der

Abendlied

Von Maria Konopnicka. Deutsch von Ladislaus Gumpłowicz.

Und wüßtest, lichte Sonne, du
Wieviel auf dieser Welt
Noch Schatten, dünnel wie des Stab.
Verblieben, unerhell.
La gingest nicht so früh zur Ruh
Dort hinterm Wald,
Im Purpurmantel nicht hinab
Stiegst du so bald!

Und folgt nach kurzem Tag so rasch
Die Nacht dem Morgengraun,
Wie sollen wohl in ihrer Pein
Die starren Herzen saun.
Wenn viel zu schnell das Himmelslicht
Von dannen zieht,
Wenn uns der Sonne warmer Schein
So eilig flieht?

O träuf' der Menschheit träben Blut
Im ganzen Erdental
Einmal herab aus Himmelshöhn
Des Geistes heiser Stah!
O bräch' für alle, die voll Gram
Zu Boden sahn,
Der Tag der Zukunft, jugendlich,
Auf ewig an.

Danziger Stadttheater

„Fidelio.“

Oper von L. v. Beethoven.

Ein eigenartiges Schicksal hat Beethovens einzige Oper Fidelio gehabt. Im Sommer 1805 hatte er sie vollendet, am 20. November wurde sie zum erstenmal aufgeführt. Kritik und Publikum lehnten sie aber ab und nach zwei Aufführungen verschwand sie vom Spielplan. Auch eine Neuaufführung im nächsten Jahre hatte kein besseres Ergebnis. Nach mehrjähriger Pause wurde die Oper 1814 von Beethoven umgearbeitet und fand nun stürmischen Erfolg. Seit dieser Zeit gehört sie zu den festesten Säulen des deutschen Opernspielplans. Und mit Recht. Es gibt nur wenig Opern, deren Musik so die Tiefe des deutschen Gemütes, der aufopferungsvollen treuen Liebe wiedergeben, wie dieses Meisterwerk Beethovens.

Fidelio ist das hohe Lied der Gattenliebe. Durch ihren Mut gelingt es Leonore als Fidelio verkleidet, ihren Gatten Florestan vor den Mandantenschlägen des Tyrannen Pizarro, der

ihn ins Gefängnis geworfen hatte, zu retten. Als Florestan befreit und mit dem geliebten Weibe wieder vereint ist, der schurkische Pizarro gefangen fortgeführt wird, kann der Chor des Volkes mit Recht jubelnd singen:

„Der ein helles Weib ertungen,
Stimm' in unsern Jubel ein!
Wie wird es so hoch besungen:
Ketterin des Gatten sein.“

Beethovens Meisterwerk ist aber auch ein brausender Hymnus auf die Freiheit. Hat Pizarro doch alle Gegner, die gegen seine Gewaltherrschaft und für Recht und Freiheit stritten, ins Gefängnis werfen lassen. Mit der Befreiung Florestans erhalten auch sie die lang ersehnte Freiheit wieder. Es gibt in der deutschen Oper wohl keinen ergreifenderen Chor, als wenn die bleichen Gefangenen aus dunklen Kerker herausströmen und Freiheit, Licht und Sonne froh begrüßen:

„O, welche Lust, in freier Luft
Den Atem leicht zu heben!
Nur hier, nur hier ist Leben,
Der Kerker eine Gruft.“

Die Aufführungen am Sonntag und Mittwoch waren würdige Wiedergaben Beethovenscher Musik. Das Verdienst hierfür kommt in erster Linie Kapellmeister Schwarz zu. Die langschöne und charakteristische Aufführung der Overtüre wie der anderen Musikpartien, das richtige Zusammenspiel zwischen den Künstlern auf der Bühne und denen im Orchester ließ das Publikum, vor allem nach der während der Verwandlungen des zweiten Aktes gespielten dritten Leonore-Overtüre zu stürmischem Beifall hin.

Auch die gesungene Wiedergabe war allgemein durchaus gut. Allerdings gilt dies nicht von Frä. Lauterbacher als Vertreterin der Titelrolle. Ihre Stimme schien durch eine Indisposition stark beeinträchtigt. Bei der Wiederholung am Mittwoch sang Frau Lina Boeling als Gast den Fidelio mit großem Erfolg, obgleich sie bereits seit zwei Jahren der Bühnenaufbahn entlagt hat. Bedeutend besser gefielen durch den frisch r Klang der Stimmen und klottes Spiel Frä. Baumann als Margeline und Herr Seybold als der unglückliche Liebhaber Jaquino. Die beste Gesangsleistung bot Herr Seebach als Rocco. Er befriedigte eben so sehr durch prächtige Klangfülle als auch durch sein Spiel. Lobende Erwähnung verdienen auch Herr Stein als Florestan und Herr Rupp als der tyrannische Pizarro. Dasselbe gilt von den kleineren Gesangspartien der Herren Schimmel, Breßiu und Harde z und dem Chor.

Kleines Feuilleton

— Wie alt sind die Briefmarken? Durch die Verringerung des Posttarifs ergab sich auch die Notwendigkeit der Einführung dreier neuer Briefmarken, der 2½-, 7½- und 15 Pfennig-Briefmarken. Wenn es nicht gerade einen Soldatenbrief betrifft, erscheint es uns selbstverständlich, daß man einem Briefe auch eine Briefmarke aufkleben muß. Und doch sind die Briefmarken erst wenig über 75 Jahre alt. Sie wurden zum erstenmal verwendet, als im Jahre 1840 in England auf Rowland Hills Anregung das Pennyporto eingeführt wurde, doch gilt Hill nicht als Erfinder der Briefmarke, sondern dies soll ein Buchdrucker Chalmers in Dundee gewesen sein. Bereits zwei Jahre später bürgerliche sich die neue Art der Briefportoentrichtung in den Vereinigten Staaten von Amerika ein, im Jahre 1843 kamen die Briefmarken in Brasilien und einigen Kantonen der Schweiz auf, so in Genf. Im Jahre 1849 fand die Briefmarke auch in Deutschland Eingang, und zwar zunächst in Bayern. Im gleichen Jahre wurde sie bei den Postanstalten Belgiens und Frankreichs eingeführt. Schließlich folgten damit im Jahre 1850 auch Preußen, Oesterreich und Spanien. Die ersten Briefmarken waren fast alle schmaler und niedriger als unsere jetzigen, nur bei den Marken Brasiliens aus dem Jahre 1843 bedeckte der Aufdruck ein etwas höheres und wesentlich breiteres Stück Papier. Sehr klein waren die ersten Briefmarken des Kantons Genf; den mit einer unserer Briefmarken kann man fast zwei der ältesten Genfer bedecken.

— Eine Riesenschreibmaschine von 6 Meter Breite, 5 Meter Höhe und 7 Meter Tiefe bildet eine der Sehenswürdigkeiten der Panama-Pacific-Ausstellung. Die Schreibmaschine hat in allen Dimensionen das zwölffache Ausmaß einer gewöhnlichen Schreibmaschine; ihr gesamter Kubikinhalt beträgt also das 1728fache (12 in der dritten Potenz) einer solchen. Die Maschine, die das niedliche Gewicht von 14 Zentnern hat, nahm zwei Jahre Bauzeit in Anspruch, ad kostete rund 100 000 Dollar. Die Maschine ist aber kein bloßes Schaustück, sondern sie schreibt wirkliche Buchstaben von drei Zoll Höhe auf einen drei Meter breiten Papierstreifen, und zwar vermittelt sie auf diese Weise den Ausstellungsbesuchern die Tagesneuigkeiten. Der Mechanismus wird in Bewegung gesetzt durch Tippen auf einer gewöhnlichen Maschine, die mit ihrer großen Schwester in elektrischer Verbindung steht.

Schweinefleisch unter besserer Erwerdung der Küchenabfälle. Oberbürgermeister Scholz verlangte dann Bestimmung von der Stadtverwaltung. Auch die Preise solle sich nicht an den Magistrat und seine Kunststufstellen wenden. Dann würden solche Kritiken, wie die Danziger Zeitung sie unlängst ganz unermüdet wegen des nach Elbing gegangenen Kunstheils geschrieben habe, nicht vorkommen. Wir bemerken hier, daß die Danziger Zeitung am 14. Oktober einen recht scharfen Angriff gegen den Magistrat und die in ihm tätigen „jungen Affektoren“ machte. Sie meinte, wenn man nicht den Kopf nach Art der Strauße in den Sand stecken wolle, könne man nicht leugnen, daß in der Danziger Lebensmittelversorgung nicht alles klappere. Wenn es auch heiße, daß Scheitern leichter sei als Vorsehen, so könne man doch nicht über alles schweigend hinweggehen. Dazu teilt sie mit, daß die Juderraffinerie Reisfahrwasser der Stadt 600 Zentner Kunstheils angeboten habe. Der zuständige Affektor habe sich die Ware bis zum nächsten Tage freibehalten. Aber erst nach acht Tagen habe sich der Affektor gemeldet, als nur noch 100 Zentner übrig waren. 500 Zentner waren inzwischen nach Elbing gegangen. Dr. Grünspan erklärte zu dieser Sache, daß auch in diesem Falle keine Danziger, sondern einer Berliner Schuld vorlag. Von Berlin wolle man, daß der Kunstheilsauf die Zuckerraffinerie angerechnet wurde. Während dieser Verhandlungen kam das Angebot der Juderraffinerie und die Erhaltung des Dezernenten. Wir können weder in diesem Falle noch bei dem großen Kommissarsterben die alleinige Berliner Schuld zugeben. In den weiteren Auseinandersetzungen beklagte Stadtv. Kawaller die Unhöflichkeit der vom Magistrat beschäftigten jungen Damen gegen das Publikum, das unangebracht schimpflich abgefertigt wurde. Stadtv. Glaschagen klagte, daß gerade die auf der Niederstadt zahlreich arbeitende Bevölkerung am schwersten unter dem Kartoffelmangel leiden mußte. Stadtv. Nitz behauptete, daß die Arbeiter auf der Kaiserlichen Werft, die sehr schwer arbeiten müßten, allerdings wie Dr. Grünspan behauptet habe, Zusatzkarten erhalten, aber — im Gegensatz zu seinen Angaben — nicht die Zusatzkartoffelkarten erhalten hätten. Auch auf der Schiffbauwerft seien diese nicht gegeben. Stadtv. Heinrich war mit der Ableitung nach Berlin offenbar nicht einverstanden. Er forderte, daß der Magistrat auch zugeben solle, wo er gefehlt habe! So wolle er wissen, daß dem Magistrat tatsächlich Kartoffeln verkauft seien und ebenso bei den Bürgern. Man dürfe eben nicht liefern, wenn Frost eingetreten sei. Er wolle auch, daß man schwangeren Frauen die Milch nicht erst vom 8. sondern bereits vom 7. Monat liefere. Bei der Massenpreisung könnten Ledige mehr zahlen als Familienmänner. Er wolle ferner den Käseverkauf nach auswärts durch die Firma Dohm. Dr. Grünspan erklärte, daß die Firma nach dem 7. August Käse nicht mehr ausgeführt habe. Weil Heinrich gemeint hätte, der Stadtv. und Kaffereibefehliger die Milch solle auch die übrigen Gewerbetreibenden unter ihre Pflichten aufklären, sprach dieser erregt von herunterreißen anderer Bürger und versicherte, daß er sich über diese Frage öffentlich mit Heinrich nicht mehr auseinander setzen würde. Vorher, auf die zahlreichen Bestrafungen wegen Preiswuchers usw. hinwies. Stadtv. Kawaller hatte unter anderem auch gesagt, daß die Butter einmal in viel zu kleinen 40 Gramm-Portionen verteilt worden sei. Er hielt diese kleinen Mengen schon mit Rücksicht auf die dabei verwickelte Arbeit für zwecklos und wolle, daß nur ein Teil der Bezieher, wenn nicht mehr Butter vorhanden sei, befriedigt werde, weil so wenig ja doch niemand miße. Dr. Grünspan erwiderte, daß er dieses deshalb getan habe, weil das Stadtv. Amt von Frauen gewonnen habe. Er würde auch in Zukunft wieder so handeln. Die Debatte endete ohne eigentlichen Abschluß. Wie schon bisher, war auch a oder nur verändert worden, man werde nun was man könne. Hier stellen wir fest, daß die Stadt Leipzig z. B. 350 000 Mark bewilligt hat, um ihre armeren Bürger vor den hohen Kartoffelpreisen zu schützen! Bei dem großen Ernst, den die Bedeutung der Ernährungsfragen gerade jetzt und für die kommenden Monate besitzt, möchten wir noch auf eine Notwendigkeit hinweisen. Als der erste sozialdemokratische Stadtrat in Elbing gewählt war, verteidigte die konservative Elbinger Zeitung diesen Kandidaten mit der Begründung, daß wirkliches Vertrauen nur dadurch geschaffen werde, wenn man auch die Arbeiterschaft an der Verwaltung gleichberechtigt teilnehmen lasse. In Danzig ist dieser Kardinaltrag der Versicherung des Oberbürgermeisters von der Wert jeder in Elbingen stehenden freien Arbeit, jeder noch nirgends erfüllt worden. Das Vertrauen, das der Oberbürgermeister jetzt von seinen Wählern fordert, kann durch bloße Worte nicht begründet werden. Denn muß man Taten auch in dieser Richtung wagen. Die sozialistische Arbeiterschaft darf auf diesem Gebiet auch im eigenen Interesse nicht länger zurückbleiben. Wenn man in der neuen Debatte weniger Affektoren und Journalen und dafür mehr Männer der Praxis heranzieht, so muß dies in erster Linie für die Männer und Frauen des „hoffenden Volkes“ gelten. Die die weitaus größte Arbeit der Bürgerlichkeit darstellen. Wir haben häufig genug bemerkt, daß in Danzig endlich diesen die freie Bahn zu geben. Möge man hiermit nicht mehr lange zögern. Aber dies ist nicht die Stadtverordnetenwahl die die erste Gelegenheit, den Weg zur freien Bahn zu öffnen!

Danziger Nachrichten

Stadttheater.

Am Sonnabend, den 21. Oktober, gibt der 3. Teil der Hellenstein-Trilogie Hellensteins Tod in Syon. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10^{1/2} Uhr.

Als erste Spielerei wird Montag, den 23. Oktober, „Der Hase“ gegeben. Die Uraufführung singt Herr Stein, die „Berliner“ Frauen die Sassen. Spielleitung: Theodor Bach. Dirigent: Kapellmeister Johannes Heidebrecht.

Ein humoristischer Abend

Am nächsten Sonntag, den 22. Oktober, abends 8 Uhr im Bürgergarten. Das Programm bietet neben Skizzen

Sonntags- und Gänge-Vorstellung auch Theateraufführungen unserer Theatergesellschaft, die durch ihre Mitwirkung bei den verschiedenen Benefizleistungen der jüngsten Arbeiterbewegung bekannt ist. Wer einige freie Stunden verleben will, dem ist der Besuch nur zu empfehlen.

Dinje Spezialitäten-Vorhänge

Dinje beliebt Familien-Vorstellungen, die ihren Besuchern Gutes bieten, erfreuen sich noch wie vor des größten Erfolgs. Herr Direktor Dinje versteht es, durch vollständigste Programme etwas zu bieten, jedoch sich das Familienpublikum aufs Beste unterhält. Für Sonntag sind zu beiden Vorstellungen, um 4 Uhr und um 8 Uhr, abwechslungsreiche Programme aufgestellt.

Jugend-Konferenz für Westpreußen.

Die erste Konferenz der Jugend-Ausschüsse Westpreußens tagte am Sonntag im hiesigen Jugendheim. Anwesend waren aus Elbing 6 Delegierte, darunter 4 Jugendliche, aus Danzig 9 Delegierte, darunter 4 Jugendliche. Außerdem war Genosse Bartel für die Volkswacht und Genosse G. Leu als Referent anwesend.

Die Konferenz wurde durch Gesang der Danziger Arbeiterjugend eingeleitet. Die Leitung führten Genosse Gehl und die Jugendlichen Ida Schulz, Elbing und A. Leu, Danzig. Genosse Gehl erstattete Bericht von der Reichsjugendkonferenz in Berlin. Er wendete sich entschieden gegen die Zerstückelungsversuche einiger Nihilistischer und die Politisierung der Jugendbewegung. Alle Teilnehmer stimmten mit ihm überein. Den Beschlüssen der Reichskonferenz wurde einstimmig zugestimmt.

Genosse Leu sprach über Organisation und Agitation. Er betonte die Schwierigkeiten, die der Agitation jetzt besonders in Westpreußen entgegenstehen, empfiehlt jedoch, die Arbeiterjugendbewegung zu stärken. Die Jugendlichen mühten die eifrigsten Förderer der Bewegung sein. Zum Schluß empfahl G. die Postierung des Bezirksausschusses von dem Danziger Ausschuss, um mehr Kräfte zu gewinnen. Genosse Kriehn-Elbing äußerte sich über die dortigen Verhältnisse in der Arbeiterjugend. Er klagte über zu wenig Kräfte zur Leitung. Wo ein tüchtiger Mann an der Spitze stehe, käme die Bewegung schnell vorwärts. Elbing sei in dieser Beziehung ein gutes Beispiel. Genosse Graßmüller, dem die dortige Jugendbewegung viel zu danken habe, sei leider gefallen. Gehl und Bartel wendeten sich gegen den Vorschlag Leu, jetzt den Bezirksausschuss von dem Danziger Ausschuss abzutrennen. Dem stehe nicht nur ein Beschluß des westpreussischen Parteitages entgegen; es komme auch die Finanzierung des Bezirksausschusses in Betracht. Die Konferenz einigte sich dahin, diese Angelegenheit vor dem nächsten westpreussischen Parteitags als der zuständigen Instanz entscheiden zu lassen. Damit waren die Arbeiten der Konferenz erledigt.

Unterhaltungsabend der Arbeiterjünger.

Am Sonntag den 29. Oktober veranstaltet der rührige Arbeitergeiangerein Sängerkreis im Bürgergarten, von 5 Uhr nachmittags, einen Unterhaltungsabend. Der Verein verfügt in Herrn Hank über eine tüchtige leitende Kraft. Die Wahl für den Abend in Aussicht genommenen Vorträge ist dafür ein guter Beweis. Es werden Lieber von Heinrich Heine in der Fälschung von Mendelssohn-Bartholdy, der Priesterchor aus der Zauberspiele von Mozart usw. gesungen. Um der Ueberfüllung vorzubeugen, wird nur eine beschränkte Zahl von Karten ausgegeben. Diese sind im Vorverkauf zu 40 Pfennig, Militär 20 Pf., in der Volkswacht-Buchhandlung und imigarrengeschäft von C. Sellin, Schlüsselbaum 53/55 zu haben.

Städtische Massenpreisung

Die Erkenntnis, daß die Ernährung der städtischen Bevölkerung durch mehr oder minder wirksame Höchstpreise, Verordnungen usw. nicht mehr zu sichern geht, macht immer weitere Fortschritte. Auch unsere Stadtverwaltung hat eingesehen, daß die bisherige verfahrensweise Preisung durch die G. m. b. H.-Hallen, wie wir es längst gesagt haben, nicht mehr genügt. Der Magistrat forderte daher von den Stadtverordneten 85 000 Mark zur Errichtung einer Massenküche auf dem Schlachthof und die Ernächtigung zur Uebernahme der sieben G. m. b. H.-Speisehallen. Zunächst soll auf dem Schlachthof eine Grobküche mit 20 Kesseln zu je 1000 Liter Inhalt eingerichtet werden. Mit ihrer Hilfe sollen einhundertfach der schon bestehenden Hallen täglich 60 000 bis 85 000 Liter Essen hergestellt werden. Wenn dreimal täglich gekocht wird, schätzt der Magistrat eine tägliche Leistung auf 95 000 Liter. Vom Schlachthof soll das Essen den Ausgabestellen in den verschiedenen Stadtteilen zugeführt werden. Als Speiseräume sollen möglichst die bestehenden Speisewirtschaften und Restaurants benutzt werden. Die Einsicht, daß die Ernährung der Massen auf eine ganz andere Grundlage gestellt werden muß, bemerkt auch die neuesten Nachrichten durch einen am 16. Oktober erschienenen Artikel. Sie erklärten den Antrag des Magistrats für noch keineswegs genügend. Er beruhe noch zu sehr auf der freiwilligen Beteiligung. Unter dem Zwang der Bedürfnisse könne jetzt nur noch die zwangsweise gemeinsame Ernährung der gesamten Einwohner Danzigs durch die öffentliche Massenernährung in Frage kommen. Man dürfe dabei auch nicht von den privaten Eier- und Fleischvorräten die sich noch in zahlreichen Haushaltungen befindend, halt machen. Offenbar aus amtlichen Quellen bekannter das Maß, daß sich noch in einer ganzen Reihe von Haushaltungen Eiervorräte befinden, die über 300 Stück in jedem Einzelstube betragen. Es genüge, wenn man einen Haushalt 150 bis 200 Stück lasse und den Rest der gemeinsamen Ernährung einsetze. Nach unserer Meinung ist dies fast bei dem allgemeinen Eiermangel noch viel zu hoch! Den Haushalten müssen sie alle abgenommen und gemeinnützig verwertet werden. Wenn sich jedoch das Maß bei den Fleischvorräten verfahren werden. Der Radikalismus des Statues erklärt sogar, daß man sich hinsichtlich der Durchführung seines Vorschlags nicht auf das Spiel der freien Kräfte verlassen und

von ihm auch nicht durch den Vorwurf des Kommunalsozialismus abreden lassen dürfe. In dem jetzt bestehenden Ausnahmezustand des Krieges könne nur das Moment der Notwendigkeit und der höchsten Leistung entscheiden. In diesem Sinne heiße es unbedingt die geordnete Pflanzung. Wir halten die Unterstützung der zwangsweisen allgemeinen Massenernährung für so wertvoll, daß wir den sehr angebrachten Vergleich mit der früheren Haltung des Volkes zum Kommunalsozialismus unterlassen. In der Stadtverordnetenversammlung hatte der Stadtv. Ehm wegen der — „großen Summe“, für die er die 85 000 Mark hielt, Bedenken. Er fürchtete, wie er deutlich aussprach, daß nun „der ganze Sozialismus, wie er erstrebt werde“, kommen würde. Oberbürgermeister Scholz betonte aber so dringend die beschleunigte Notwendigkeit der Vorbereitung der Massenernährung, daß auch Ehm seinen Einspruch zurücknahm. Die Vorlage wurde damit einstimmig bewilligt. Ohne jede Debatte stimmten die Stadtverordneten auch der Errichtung einer städtischen Wurstküche auf dem Schlachthof zu und bewilligten dafür 10 000 Mark. Der Direktor des städtischen Ernährungsamtes, Dr. Grünspan, hatte in der vorangegangenen Debatte erwähnt, daß die Wurstbereitung auch deshalb von der Stadt übernommen werden müsse, weil eine andere wirksame Kontrolle der Fleischermasse nicht möglich sei.

* Keine Druckfächer, keine Aufzeichnungen bei Liebesgabenaktionen an Kriegsgefangene. Das Kriegsernährungsamt gibt bekannt: Von russischer Seite ist Beschwerde darüber geführt worden, daß in Liebesgabenpaketen für deutsche Kriegsgefangene Zeitungen und andere Druckfächer gefunden worden seien. Die Angehörigen der Gefangenen sowie alle Stellen, die Sendungen an diese abfertigen, werden darauf hingewiesen, daß die Pakete nichts Schriftliches oder Gedrucktes enthalten dürfen. Insbesondere dürfen Zeitungen unter keinen Umständen — also auch nicht zu Verpackungszwecken — in Sendungen enthalten sein. Dies gilt für alle feindlichen Länder, ganz besonders aber für Rußland, wo die Liebesgabenversorgung ohnehin mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Wer gegen diese Vorschriften verstößt, setzt nicht nur seine Sendungen der Beschlagnahme und den Empfänger empfindlichen Nachteilen aus, sondern veründigt sich an der Gesamtheit der deutschen Kriegsgefangenen, da die Russen bereits ein allgemeines Verbot der Zufassung von Liebesgaben für den Fall von Wiederholungen in Aussicht gestellt haben. Was dies für das Schicksal unserer schwergeprüften Landsleute bedeuten würde, braucht angesichts der früheren Veröffentlichungen über deren Behandlung nicht auseinandergelegt zu werden.

* Der Kartoffelzusatz im Roggenbrot bleibt. Den Mitteilungen des Kriegsernährungsamtes entnehmen wir: Durch die Wälder ging eine Meldung, die die Wiedereinführung eines reinen Roggenbrotes in Aussicht stellte, da einerseits genügende Reserven an Roggen und Roggenmehl vorhanden seien, andererseits mit einer Knappheit an Kartoffeln gerechnet werden müsse. In der Berliner Bäderinnung sollten bereits Mitteilungen darüber gemacht worden sein; und zum weiteren Besetze wurde ein Bescheid des Kriegsernährungsamtes angeführt, der im Juni auf eine Beschwerde eines Hermsdorfer Bürgers erteilt worden war und Mitteilung von Erwägungen machte, die damals über den Wegfall des Kartoffelzusatzes zum Brot im Gange waren. Um keine Irrtümer auskommen zu lassen, muß darauf hingewiesen werden, daß jener Bescheid vom 26. Juni inzwischen erloschen ist. Der Kartoffelzusatz bleibt. Es hat sich nicht als zweckmäßig erwiesen, ihn in Fortfall zu bringen.

Ueberall Kriegswucher!

Die gemäßigt-konservative Elbinger Zeitung schreibt am 19. Oktober am Schluß ihres Berichtes über die letzte Danziger Stadtverordneten-Versammlung:

In einer eingehenden Besprechung wurde der Kriegswucher verurteilt, der, wie überall, in Danzig und in der Provinz keine Blüten treibt. Unter lebhaftem Beifall wurden allerhöchste Maßregeln gegen ihn gefordert. Im Gegensatz zu früher wurde dem Magistrat im allgemeinen volles Vertrauen entgegengebracht.

Also in solchem erschreckenden Umfange wirkt der Kriegswucher? Die Danziger Zeitung war darüber bekanntlich einst anderer Meinung. Sie sah in der Ueberhöhung der Höchstpreise keinen Kriegswucher! Die praktische Erfahrung zwingt zur Anerkennung der von der E. Z. vertretenen Ansicht.

Fischwucher.

Die Danziger Zeitung teilte unlängst mit, daß in Hela für ein Pfund Breilinge der ungeheuerliche Wucherpreis von 1,05 Mark bezahlt werden mußte. Am 17. Oktober berichtete das Blatt in der Morgenausgabe, Helaer Fischhändler hätten ihm erklärt, daß in Hela bisher noch keine Breilinge gefangen wurden und daher auch nicht der behauptete Preis genommen werden konnte. Der Vorgang habe sich vielmehr in Schiewenhorst abgespielt. Dort sei der hohe Preis von Fischhändlern genommen worden, die im Interesse der Volksernährung vom Eintritt in das Heer zurückgestellt worden sind.

Dieser Darstellung ist von keiner Seite widersprochen worden. An ihrer Richtigkeit ist somit nicht zu zweifeln. Es ist allerhöchste Zeit, daß die gesamte Fischerei den Privatinteressenten entzogen und sie einzig im Allgemeininteresse betrieben wird. Es ist doch wirklich das Tollste, wenn der Fischwucher sogar von denen gefördert wird, die doch vorwiegend zu keiner Befämpfung vom Heeresdienst freigestellt worden sind.

Eine andere Art Fischwucher zeigt sich in dem neuesten Sprotten-Skandal. Geräuchert kosteten diese harmlosen Fische schon 1,70 pro Pfund. Der Magistrat legte den Höchstpreis auf 80 Pf. fest. Darauf verschwanden die geräucherten Fische, wie von der Erde verschlungen. Dafür gibt es jetzt nur marinierte Sprotten, für die kein Höchstpreis besteht, für 1,60 Mark das Pfund. Ist dieser Wucher nicht die nichtswürdigste Verhöhnung der Befehle und der Behörden?

* Was ist Eier-Wucher? Zwei Eierhändler in Rosdorf mußten dieser Lage vor der dortigen Strafkammer erscheinen, weil sie sich für ein Ei 16 bzw. 18 Pfennig hatten bezahlen

lassen. Der Händler, der nach Templin und Döberitz Eier zu 18 Pfennig das Stück verkauft hatte, mußte freigesprochen werden, da das Gericht die Sache nicht als genügend geklärt ansah. Der andere Händler, der für ein Ei 18 Pfennig gefordert hatte, erhielt wegen Wuchers 100 Mark Geldstrafe.

— Un glaubliche Milchpreiserhöhung. Der Besitzer Rudolf Dau und seine Ehefrau aus Bürgerweihen bei Danzig waren unlängst wegen Verwässerung von Milch zu 150 Mark Geldstrafe, zwei Danziger Händlerinnen, die diese Milch verkauft haben, zu je 75 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Die Erklagten hatten gegen ihr Urteil Berufung eingelegt. Die Verhandlung ergab folgendes Bild: Das Ehepaar verkaufte die Milch teils an Händlerinnen direkt auf dem Hof, teils fuhr Dau sie selbst zur Stadt. Wenn die Wucherer Milch über die dünne, hässlich aussehende Milch beschafften, so erklärte Dau, das liege nur an dem schlechten Futter, da er nichts anderes als Stroh und Rüben zu verfüttern habe. Als von der verdächtigen Milch zweimal an verschiedenen Tagen Stichproben entnommen wurden, zeigte sich auf dem Danziger Nahrungsmittel-Untersuchungsamt die Tatsache, daß einmal die Milch mit 80 Teilen Wasser vom Hundert, das andere Mal mit 50 vom Hundert verdünnert war, daß also von 100 Litern sogenannter Vollmilch 80 bezw. 50 Liter Wasser waren. Die Berufung wurde verworfen. — Es gehört schon eine erstaunliche Dreistigkeit dazu, bei so außerordentlich milder Beurteilung der Betrügerinnen noch Revision einzulegen. Bedauerlich ist nur, daß nicht auch die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt hat. Solche gewissenlose Betrüger gehören ins Gefängnis.

* Nur noch Tafeläpfel. Die nun wirklich nicht mehr ungewohnte Erscheinung, daß die Ware verschwindet, sobald Höchstpreise kommen, ist, wie zu erwarten war, auch bei den Äpfeln eingetreten. Der immerhin ganz nette Preis von 17 Pfennig für ein Pfund auch der unansehnlichsten Äpfel genügt anscheinend nicht, um die Ware, die vorhanden ist, auf den Markt zu bringen. Was jetzt zum Teil als „Tafeläpfel“ angepriesen wird, würde im Frieden kein Mensch als solche kaufen. Trotz aller Warnungen und Strafandrohungen sieht man in manchen Geschäften Äpfel in Behältnisse verpackt und so als „Tafeläpfel“ charakterisiert, die diesen Namen nicht verdienen. Es zeigt sich auch hier, daß erst scharfe Maßnahmen in Kraft sind, die alle zu dreist sich offenbarende Profitmacherei einzubämmen. Die Preisprüfungsstelle wird sehr energisch einschreiten müssen, wenn sie dem Unfug ein Ende machen will. Man beschlagnahmte die Äpfel, da andere Mittel versagen.

Fleisch für Bürgermeister. Das Fleisch und der Bürgermeister sind nicht erkunden, sondern die Geschichte hat sich so in einer mitteldeutschen Stadt im Zeichen der Fleischkarte zugetragen. Der „Kölnischen Zeitung“ wird darüber erzählt:

Ein Metzgerladen voller Köchinnen mit hungrig aufgeschlagenen Körbchen. Der Metzger, unterstützt von seiner Gattin, waltet demokratisch seines Amtes. Eine nach der anderen, und wer zuerst kommt — frisst, ist die in der zweiten Reihe nicht die Bürgermeisterköchin? „Sie wünschen, Fräulein?“

„Ja? Noch nichts — da kommen noch die drei vor mir.“ Die drei werden abgefertigt. Ein Pfund — ein Pfund — ein Pfund. — „So, Jungfer Köchin, und was bekommen Bürgermeister?“

„Ein Pfund.“ Augenwinkern vom Metzger nach der Metzgerin. Die Metzgerin nickt verstehend. „Bitte, hinhin in die Ecke, Fräulein, für Bürgermeister liegt es schon bereit. Den Korb auf, bit—“

„Aber das sind ja zwei —“ „Bisht, nicht so laut, es ist schon alles richtig.“ „Nein, das sind zwei Pfund!“ „Bisht, sind Sie mal ungeschickt — so nehmen Sie doch — 's ist ja für Bürgermeister.“

„Wir haben nur auf ein Pfund Anspruch, bitte!“ Im Laden wird man aufmerksam. Die Hälfte strecken sich nach der Ecke. Die Ohren beginnen zu verfluchen.

„Na, der Bürgermeister wird eine Freude an so einer begriffsstutzigen Köchin haben,“ tuschelt es ärgerlich hinterm Tische.

„Der Bürgermeister hat mir ausdrücklich gesagt: Ein Pfund, wie alle anderen, und nicht mehr!“ Wütend wirft der Metzger das Pfund Fleisch in den Korb der Bürgermeisterköchin. . . .

Die Not der Zeitungen.

So mancher, der jetzt mit lebhafterem Interesse als früher in seine Zeitung guckt und diese lebhaftere Anteilnahme auch bei allen übrigen Menschen voraussetzt, denkt wohl manchmal: Welch goldene Zeit für die Presse! Man hört noch heute, nach mehr als zweijähriger Kriegsdauer, solche Urteile, obwohl sich inzwischen die Lage der Zeitungen, die von Kriegsanfang an keineswegs rosig war, ganz gewaltig verschlechtert hat, und selbst gut fundierte Blätter vor Schwierigkeiten stehen, deren Überwindung immer größere Mühe macht. Vom Abonnentenstand einmal abgesehen, — gewaltig ist die Einbuße an Lesern, und es besteht gar keine Aussicht, daß sich dieser Teufelsbetrieb des Zeitungswesens in absehbarer Zeit wirtschaftlich heben könnte, da die organisatorischen Einengungen des freien Handels in Gemeinschaft mit der Knappheit an wichtigen Bedarfsmitteln die Geschäftswelt von selbst dazu nötigen, mit dem Inferieren zurückzuhalten. Es kommt jetzt aber langsam vor, daß die Papiernot alle anderen Schwierigkeiten übersteigt. Der Preis für 100 Kilo betrug bei Ausbruch des Krieges 21,25 Mark; dank der geschlossenen Organisation der Herren Fabrikanten, die die Kriegskonjunktur wie alle die diesen anderen nicht ungenutzt vorbeistreichen lassen wollen, ist der Preis mittlerweile auf 36,50 Mark gestiegen, ausschließlich der Kriegsversicherung, der seitens der „Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe“ zu zahlenden prozentualen Untosen, Frachtpfeifen, Rollgeld ufm. Die von uns schon getennzeichnete „Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe“ kann nicht einmal garantieren, daß dieser Preis nicht in nächster Zeit aufs neue erhöht wird! Hinzu kommt, daß jeder Zeitung ihr Papierverbrauch genau vorgeschrieben ist, was eine gewisse Unsicherheit und Mangel an Anpassungsfähigkeit in den Zeitungsbetrieb hineinträgt.

Aber mit den Papierwierigkeiten ist die Krise noch keineswegs erschöpft. Metalle für Maschinenfabr., Schriftgießerei, Stereotypie und Galvanoplastik sind allarmierend und in jeder Hinsicht beschlagnahmt. Bei Neuanfassungen, soweit überhaupt Ware erhältlich, kostet Hartblei früher 45 Mark, jetzt 150 Mark, Maschinenschmetall früher 45 Mark, jetzt 150 Mark, Stereotypmetall früher 40 Mark, jetzt 120 Mark, Walzenmasse, die aus Gelatine und Glycerin besteht, ist durch die Beschlagnahme des Glycerins und die Verteuerung der Gelatine stark in Mitleidenschaft gezogen, wodurch die Beschaffung und das Umgießen der Druckwalzen um 70 Prozent verteuert wird. Druckfarben sind um 30 bis 100 Prozent teurer geworden, insbesondere aber sind sie, namentlich die schwarzen Farben, nicht mehr so gut und so ausgiebig wie früher, wodurch die Preissteigerung ganz wesentlich verschärft wird. Druckfornis ist nicht mehr käuflich. Die ganz unzulänglichen Ersatzstoffe kosten 300 Prozent mehr als der frühere Farnis. Waschöle: Terpentin, Benzin, Petroleum sind schon längst nicht mehr käuflich; die Ersatzstoffe sind in jeder Beziehung minderwertig, was sich besonders beim Waschen der Schriftformen und Druckstöcke zeigt, trotzdem kosten sie 200 bis 300 Prozent mehr als die ursprünglichen Öle. Papplappen, Pappstücke, Schwämme schwer erhältlich, Preissteigerung 50 bis 70 Prozent. Seife ist etwa 800 Prozent teurer geworden. Klebstoffe (Leime, Kleister, Gummi, Dextrin) sind zumeist nur noch in Ersatzstoffen zu haben und zu ganz bedeutend teuren Preisen. Heftzweir, Heftdraht, Bänder, Heftzeuge, Bindfäden, Pastriche, sowie alles und jedes, was sonst noch benötigt wird, in ähnlichem Verhältnis wie die vorher genannten Stoffe und Waren.

Für unseren sozialdemokratischen Betrieb kommen noch die sozialen Verpflichtungen hinzu, die er seinen im Felde stehenden Angestellten und deren Angehörigen gegenüber auf sich nimmt. Es handelt sich hier um außerordentlich hohe Summen, die stetig anwachsen.

Wenn unter solchen Umständen der Preis der Zeitungen um ein Geringes in die Höhe gegangen ist, so wird kein Verständiger sich darüber wundern und wir bitten alle unsere Bezüher, uns die Treue zu bewahren und in der Arbeit für unser Blatt und damit für die Partei nicht zu erlahmen, damit sie in künftiger, womöglich noch schwererer Zeit in ihrer Arbeit, den Interessen der breiten Volksschichten zu dienen, „durchhalten“ können. Vor allem rufen wir unsere Frauen auf, an unserer Seite zu bleiben und uns in unserem Kampfe gegen die Kriegsnöte weiter zu unterstützen. — in einem Kampfe, der in dieser Zeit ihren Wünschen und Sorgen in erster Linie dient.

Aus Westpreußen

Sozialdemokratische Arbeit im Eibinger Rathaus Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion Elbings wird in der nächsten Stadtverordnetenversammlung folgende Interpellation einbringen:

„Was gedenkt der Magistrat zu tun, um die Versorgung der Eibinger Bevölkerung mit Lebensmitteln sicher zu stellen?“ Diese Interpellation ist durchaus notwendig geworden wegen der geringen Zufuhren von Kartoffeln und anderer Lebensmittel.

Stadtverordneterwahlen in Eibing

Für unsere ausgeschiedenen Stadtverordneten Peter und Stepple finden am 13. November Ersatzwahlen statt. Parteileitung und Stadtverordnetenfraktion beauftragten den Genossen Pinsel die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die Wahlen im Burgfrieden zu erledigen. Weiter wurde beschlossen nur solche Kandidaten aufzustellen, die in der Lage seien, die Mandate auszuüben, also nicht zum Heeresdienst eingezogen sind oder eingezogen werden können. Dieser Beschluß soll, da bereits vier unserer Stadtverordneten Militärdienste leisten, dazu beitragen helfen, den Einfluß der Fraktion, namentlich bei Abstimmungen zu stärken.

Als Kandidaten wurden die Genossen Peter Schante für den 3. und Bersohn für den 5. Abstimmungsbezirk aufgestellt. Die Vorbereitungen für die Wahlen sollen sogleich in Angriff genommen werden. Auch wenn, was wohl nicht zu bezweifeln ist, die bürgerlichen Parteien den Burgfrieden halten und uns die beiden Mandate ohne Wahlkampf überlassen, werden die Parteigenossen doch gut tun, für die Wahl unserer Kandidaten tätig zu sein. Die Aufbringung möglichst starker Wählerziffern muß stets ihr Ehrgeiz sein! Dadurch werden auch alle Ueberraschungen von vornherein am sichersten ausgeschlossen.

Der Bürgermeister und seine Braut.

Bürgermeister Schulz in Briesen in Westpreußen hatte mit einer Kellnerin ein Liebesverhältnis. Diese glaubte, der Bürgermeister werde sie heiraten. Schulz heiratete jedoch eine andere und er bot ihr eine Abfindungssumme. Die Kellnerin war damit nicht einverstanden. Sie fuhr, als mehrere ihrer Briefe unbeantwortet blieben, nach Briesen und logierte in einem Hotel. Der Bürgermeister beauftragte darauf den Stadtschreiber Zielowski, der Kellnerin den Revolver, den sie mit sich führte, abzunehmen und ihr zu befehlen, die Stadt sofort zu verlassen. Zielowski kam diesem Befehl nach. Er wurde darauf wegen Nötigung unter Amtsmißbrauch zu drei Tagen, der Bürgermeister zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Das Reichsgericht hob das Urteil auf, weil den Angeklagten keine Polizeigewalt zustand, sie also auch keinen Mißbrauch einer solchen begehen konnten. Das Landgericht in Thorn verurteilte in der Verhandlung den Stadtschreiber wegen Nötigung zu 30 Mark, den Bürgermeister wegen Anstiftung hierzu zu 100 Mark. Auch gegen dies sehr milde Urteil legten die Angeklagten Revision ein. Das Reichsgericht verwarf diese jedoch.

Mit dieser Entscheidung ist der höchst aufsehenerregende Fall, der die Gerichte mehrere Jahre beschäftigt hat, juristisch endgültig erledigt. Leider dürfte er, wenn auch nicht in allen Einzelheiten, noch manche Wiederholung finden.

Danzig. Raubmord an der eigenen Frau. Am Nadarnerufer bei Praust, wurde die 26 Jahre alte russische Saisonar-

terin Andrejewski ermordet aufgefunden. Als Täter wurden der Ehemann und ein Verwandter verhaftet. Es handelt sich um einen Raubmord, da die beiden Täter der Ermordeten ihre Erbsparnisse im Betrage von 90 Mark geraubt hatten.

— Der große Getreidebetrug. Aus Polen wird der „Deutschen Tageszeitung“ (Nr. 514) gemeldet: Die Getreidebeschaffungsangelegenheit zieht immer weitere Kreise. Das große Vermögen des Hauptbeschaffenden, des Getreidegroßhändlers Kagenellenbogen, ist behördlich beschlagnahmt und eine sehr hohe Bürgschaftssumme, die für seine Haftentlassung angeboten wurde, abgelehnt worden. Die Gerichte von Posen nach Leipzig und München, wo sie „umkartiert“ wurde, und von München nach der Schweiz. Von da soll sie nach England weiter verbracht worden sein. In Leipzig und München sollte sie angeblich zu Graupe vermahnen werden. — In einer anderen schmutzigen Angelegenheit, wobei große Bestechungen eine Rolle spielen, ist hier ein Arzt verhaftet worden. Derselbe hat von einer Seite eine Bestechungssumme von 30 000 Mark erhalten.

St. Bureaucratius in der Ostmark.

Eine studierte Polin schreibt in der in Berlin erscheinenden „Welt am Montag“: „Kommt da eine arme Kriegerfrau, namens T. aus L., Kreis Posen-West, zu mir mit der Bitte, ich möchte ihr helfen. Ihr Mann, Arbeiter, ist an der Ostfront gefallen. Sie selber ist der deutschen Sprache nicht mächtig. Dieser Tage begab sie sich, einer Ladung entsprechend, auf das zuständige Distriktskommissariat zwecks Regelung der Witwen- und Waispension. Zugegen war der Kommissarius und sein Vertreter, der Lehrer des Ortes, der der polnischen Sprache mächtig ist. Dieser brachte die Kriegerfrau ihr Anliegen in polnischer Sprache vor, was den Herrn Kommissarius in helle Entrüstung versetzte. Und das Ende vom Liede war: sie sollte sich wieder nach ihrem Dorfe begeben und einen Dolmetscher mitbringen. Und das allermerkwürdigste daran ist der Umstand, daß dieser wohl „neuorientierte“ Herr Kommissarius der Frau keine Weisungen in polnischer Sprache erteilte. Uebrigens hat man ihrem man mehr gefallenen Ehemann bei seiner Einberufung auch nicht die Frage gestellt, ob er stehend Deutsch spreche oder nicht. Und der Herr Kommissarius hat wohl auch vergessen, daß man auch diesmal die polnische Bevölkerung zur Zeichnung der fälligen Kriegsanleihe nur in — polnischer Schriftsprache auffordert.“

Aus der Partei

Die Friedensarbeit der deutschen Sozialdemokratie.

Einem Befrager erklärte der Chefredakteur des Kopenhagener Sozialdemokraten Genosse Borgbjerg:

„Ja, wir arbeiten fortwährend, um den Frieden vorzubereiten, aber dazu ist in erster Reihe erforderlich, daß die Sozialdemokraten der kriegsführenden Staaten sich dazu bereit erklären, für den Frieden etwas zu tun. Wir haben mit Freude festgestellt, daß die deutsche Sozialdemokratie in dieser Hinsicht wirklich sozialistisch denkt, sie hat ihren Willen zu einem Frieden bereits erklärt. Ganz anders leider ist das bei den Franzosen. Wenn auch mit einer starken Minderheit, so haben doch die französischen Sozialdemokraten sich für den Krieg erklärt. Mit der deutschen Sozialdemokratie stehen wir überhaupt in einem sehr freundschaftlichen Verkehr, was ich von den englischen und französischen Sozialdemokraten nicht immer sagen kann; in England und Frankreich werden unsere Mitglieder sehr selten aufgenommen.“

Wolff Hofrichter †

Aus Köln kommt die schmerzliche Nachricht, daß unser Genosse, der Reichstagsabgeordnete Adolf Hofrichter, am Sonnabend gestorben ist. Genosse Hofrichter ist genau 59 Jahre alt geworden, denn er war am 14. Oktober 1857 in Danzig geboren. Von Beruf war er Schlosser. Der Sozialdemokratischen Partei gehörte er seit 1881 an und betätigte in dieser die verschiedensten Vertrauensämter. 1892 hatte er die geschäftliche Leitung des Kölner Parteiblattes, 1894 trat er jedoch in die Redaktion dieses Blattes und 1901 übernahm er die Leitung des Kölner Arbeitersekretariats. Von 1905 ab war er Parteisekretär für den Bezirk Obere Rheinprovinz. Seit 1912 war er Mitglied des Deutschen Reichstages. Genosse Hofrichter hat in den schwierigsten Zeiten sein ganzes Können in den Dienst der Arbeiterbewegung gestellt und stets treu und fleißig der Sache des Sozialismus seine Kräfte gewidmet, trotzdem er schon lange Jahre kränkelte. Die Sozialdemokratische Partei verliert einen wackeren Streiter. Sie wird allezeit sein Andenken in Ehren halten.

Advertisement for 'Unsere Marine' cigarettes. It features a portrait of a man in a sailor's uniform with a cap that says 'UNSERE MARINE'. The text reads: 'Trustfrei', 'Unsere Marine', 'Zigarette', '2 1/2 Pfg.', 'einschließlich Kriegsaufschlag', 'Trotz Steuererhöhung behalten unsere Zigaretten ihre alten anerkannten Qualitäten!', 'Georg A. Jasmatzi Aktien-Gesellschaft'.

Die Spaltungswahl

Landtagswahl in Württemberg. Bei der Landtagswahl im Bezirk Heidenheim wurde der sozialdemokratische Kandidat, Schreinermeister Benz in Heidenheim, mit 1230 Stimmen gewählt. Der Kandidat der Oppositionsgruppe, Rechtsanwalt Crispian, erhielt 179 Stimmen. Die bürgerlichen Parteien hatten von der Aufstellung einer Kandidatur abgesehen. Von 9000 Wahlberechtigten haben nur 1400 abgestimmt.

Erfahrungen macht man lieber zu früh als zu spät. Darum kann die Spaltungswahl, die am 14. Oktober in Heidenheim vollzogen wurde, ein Glück für die sozialdemokratische Partei sein, wenn nur ihre Lehre allgemein erkannt wird. Und das läßt sich diesmal hoffen, denn die Lehre war deutlich.

Im Wahlkreis Heidenheim war ein sozialdemokratisches Landtagsmandat neu zu besetzen. Die Partei hatte das dortige Gemeinderatsmitglied Genossen Benz als Kandidaten aufgestellt. Die in Württemberg besonders rührige Opposition glaubte aber das Mandat der Mehrheit nicht ruhig überlassen zu dürfen, und so stellte sie den uns Danzigern gut bekannten Führer der Stuttgarter Parteiposition Crispian als Gegenkandidaten auf.

Das Ergebnis der mit großer Spannung erwarteten Wahl war das obige. Von rund 9000 Wahlberechtigten erschienen 1409 an der Urne. Von diesen stimmten für den offiziellen Parteikandidaten Benz 1230. Der Kandidat der Parteiposition Crispian erhielt 179 Stimmen!

Hätte die Opposition dieses Ergebnis vorausgesehen, sie wäre lieber zu Hause geblieben! Sie kann nicht leugnen, daß ihr Vorgehen im Kreise Heidenheim auf einer kolossalen Selbsttäuschung beruhte. Ihrer Agitation ist, wie die Schwäbische Tagwacht mitteilt, von der Regierung nichts in den Weg gesetzt worden. Die Mehrheit durfte Versammlungen abhalten und Flugblätter verteilen. Sie besuchte auch die Versammlungen der offiziellen Partei und bekämpfte diese dort. Crispian wurde sogar die Unterbrechung der Straßbahn zum Zwecke der Wahlagitation gestattet. Trotzdem haben sich die Wähler so entschieden gegen die Uneinigkeit und die Zerspaltung der Partei erklärt! Wieder hat der Aufbruch der Massen ein ganz anderes Ergebnis gebracht, als diejenigen erwarteten, die sich in erster Linie auf sie beriefen. So sehr uns dieses Wahlergebnis befriedigt, so sehr bedauern wir menschlich, daß gerade Crispian es ist, dem diese bittere Lehre werden mußte. Wie wir ihn in mehrjähriger Parteiarbeit kennen lernten, kann es nur falsch verstandener Idealismus sein, der ihn solche Wege führte. Möchte er recht bald einsehen, daß man so weder das Wohl der Arbeiter noch den Sozialismus fördert.

Politische Sozialisten gegen die Minderheit.

Unter der Überschrift Sozialisten oder Moskafentende! wendet sich der Krakauer Kapuzin gegen die deutsche sozialdemokratische Minderheit, der er vorwirft, daß sie in ihrem folkischen Friedensseifer nicht nur Polen, sondern auch Deutschland den Russen auf Gnade und Ungnade ausliefern möchte. Das Blatt schreibt:

In der von einem gewissen Dr. Breitheid mit Hilfe Kautskys und Bernsteins herausgegebenen Auslandspolitik sucht der Abgeordnete und Fortwärt-Rebelle Heinrich Ströbel den Nachweis zu führen, daß er einen sofortigen Friedensabschluss wünscht, mit dem Gedanken eines unabhängigen Polens nicht loteteren könne. „Polen“, meint Ströbel, „ist kein herrenloses Land. Deutschland und Österreich haben es besetzt, aber Rußland hat auf sein Eigentumsrecht keineswegs verzichtet!“ Und dieser Reich, der diesen Satz niederzuschreiben, macht den Anspruch darauf,

„Rußland genannt zu werden, und außerdem ein radikaler Sozialist.“ Ströbel sagt noch hinzu: „Wären derartige Verzicht könnte man nur einem besetzten Rußland abzwängen.“ Er ist aber gegen eine Besetzung Rußlands; er erklärt vielmehr, daß er kein siegreiches Deutschland wünscht, daß er vielmehr den Frieden mit einem unbesetzten Rußland verlangt. Und deshalb ist er gegen eine Aufteilung Polens und für die Schaffung des „Eigentumsrechts“ Rußlands! Das sind ganz eigenartige Sozialisten, diese Ströbel, Breitheid und Kautsky. Wir können sie nicht als Genossen betrachten.

Ströbels eigenartige Haltung als angeblicher Vorkämpfer gegen Interventionen wird auch dadurch eigenartig beleuchtet, daß er feinerzeit den Standpunkt vertrat, daß Österreich an Italien ein größeres Stück seines Gebiets abtreten sollte.

— Ein Tausend-Mark-Geschenk an den Lübecker Sozialdemokratischen Wahlverein. Von einem ungenannt sein wollenden Spender, dem das Wohl und die Einigung der sozialdemokratischen Partei am Herzen liegt, wurde dem sozialdemokratischen Verein durch die Redaktion des „Lübecker Volksboten“ ein Tausend-Mark-Schein für Agitationszwecke übermittelt.

Soziales

— Mitgliederverluste der christlichen Gewerkschaften. Daß auch die christlichen Gewerkschaften während der Kriegszeit schwere Verluste an Mitgliedern zu verzeichnen hatten, ergibt eine Zusammenstellung aus einigen christlichen Verbänden. Danach ist z. B. der Verband christlicher Schneider und Schneiderinnen von 5000 Mitgliedern anfangs 1914 auf nur noch 1362 Mitglieder anfangs 1916 zurückgegangen. — Der christliche Metzerverband hatte vor dem Kriege 4151 Mitglieder, während im Jahresbericht 1915 nur noch 588 beitragszahlende Mitglieder vorhanden waren. — Der christliche Fabrik-, Verkehrs- und Hilfsarbeiterverband zählte am Schluß des letzten Berichtsjahres 3470 Mitglieder gegen 11 220 Ende 1913. Die Gesamteinnahmen für 1915 beliefen sich auf 135 104 Mark, die Ausgaben auf 105 433 Mark. — Der christliche Holzarbeiterverband berichtet über einen Mitgliederstand von 4062 Ende 1915 gegenüber 8772 im Vorjahre, während Ende 1913 die Zahl 17 669 erreicht war.

— Hochschulen und Krieg. Im letzten Sommer waren an den Universitäten und Hochschulen des Reiches insgesamt etwa 65 000 Studierende (worunter etwa 5000 Frauen und etwa 2500 Ausländer) eingeschrieben. Davon entfielen 53 000 (Frauen 4500) auf die 22 Universitäten, dann folgen die 11 Technischen Hochschulen mit etwa 10 000 (Frauen 100), sodann die 6 Handelshochschulen (Berlin, Köln, Leipzig, Mannheim, München und Königsberg) mit etwa 1000 Studierenden; ihnen schließen sich an die 3 Tierärztlichen Hochschulen Berlin, Dresden und Hannover mit 1000, die 3 Landwirtschaftlichen (Berlin, Hohenheim und Weihenstephan) mit 600, die 3 Bergakademien (Berlin, Claustal, Freiberg) mit 400, während die 4 Forstakademien (Eberswalde, Eifennach, Münden, Tharandt) nicht geöffnet waren. Von diesen 65 000 Studenten waren aber nur 18 000 in den Hochschulkstätten anwesend, das heißt nicht im Felde stehend, und davon waren wieder, wie erwähnt, 5000 weiblichen Geschlechts und 2500 Angehörige des besourdeten und neutralen Auslandes, so daß im Sommer dieses Jahres tatsächlich nur etwa 12 000 reichsangehörige akademische Bürger wirklich studierten und (bei Zugrundelegung der Ziffer des letzten Friedenssemesters, an dem etwa 66 000 männliche deutsche Studenten vorhanden waren) etwa 54 000 im Felde oder in militärischer Verwendung standen, gleich etwa 81 Prozent. — Auf die einzelnen Hochschularten verteilen sich die Kriegsteilnehmer folgendermaßen: von den 54 000 deutschen Besuchern der Universitäten stehen etwa 42 000 in Kriegs- oder

Sanitätsdienst, gleich 78 Prozent (1870/71 waren es 4400 ausmarchierte Univeritätsstudenten oder 32 Prozent der Gesamtzahl 14 000), von den technischen Hochschulen (Gesamtzahl 9500) sind 8500 oder 88 Prozent militärisch verwendet, von den Landwirtschaftlichen Hochschulen 700 oder 87 Prozent (von 800), von den Handelshochschulen 1300 oder 72 Prozent (1800) und von den Bergakademien 550 oder 90 Prozent (600). Die Besucher der Forstakademien (etwa 250) sind wohl alle ausgezogen, da bei ihnen Militärtauglichkeit vorausgesetzt ist und die Forstanstalten seit Kriegsausbruch geschlossen sind.

Die Syphilisstatistik.

Eines der traurigsten Kriegskapitel bilden die zahlreichen Fälle von syphilitischen Erkrankungen bei den im Felde stehenden Soldaten. Denn hier handelt es sich um ein Uebel, das bei der Rückkehr der Erkrankten in den Frieden ihrer Familie die furchtbarsten Tragödien, Zerstörung jeder weiteren Glücksmöglichkeit, unter Umständen auch gesuntheitliche Zerrüttung ganzer Familien zur Folge haben kann. Befonders natürlich, wenn es sich um verheiratete Soldate handelt. Leider bilden die Verheirateten, wie sich aus bisherigen Beobachtungen ergibt, einen verhältnismäßig großen Teil der Erkrankten. Auch eine von Dr. Anton Blumenfeld, Chefarzt im Fraustädter Lazarett, für die von ihm behandelten Geschlechtskranken aufgemachte Statistik bestätigt dies. Danach waren 59 Prozent der Behandelten unverheiratet und 41 Prozent verheiratet. Im Alter von 17 bis 30 Jahren standen 71 Prozent, im Alter von 31 bis 40 Jahren 19 Prozent und von 40 bis 50 Jahren 9 Prozent. Als Untersuchungsquelle wurde von 53 Prozent die gewerbmäßige Prostitution angegeben, von 47 Prozent „private“ Gelegenheit. Unter der letzteren Rubrik befanden sich Fälle, wo ein Kommisbrot als Bezahlung verlangt und gewährt wurde. Endlich waren die Kranken noch nach ihrem Herkunftsort gefragt worden, wobei sich ergab, daß 15,5 Prozent aus größeren Städten, 30,5 Prozent aus kleineren Städten und 54 Prozent vom Lande stammten. Auffallend ist bei diesen Ziffern, abgesehen von dem großen Anteil der Verheirateten, die verhältnismäßig starke Beteiligung der älteren Jahrgänge und der große Prozentsatz der aus ländlichen Gegenden stammenden Kranken. So ist zu befürchten, daß das von Geschlechtskrankheiten verhältnismäßig noch freie plattdeutsche Volk infolge des Krieges infiziert wird. Aus all dem ergibt sich die außerordentliche Wichtigkeit einer gründlichen Behandlung und Ausheilung der im Felde geschlechtlich angelegten Soldaten.

Briefkasten der Redaktion

Anonymer Einsender. Wir können auf Ihre Neugierungen nicht eingehen, wenn Sie sich nicht nennen. Wer wenig Vertrauen zu uns hat, darf sich nicht über den Papierkorb beklagen.

Literatur

Die Glocke, Sozialistische Wochenschrift, Herausgeber: Baron (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstraße 114). Das eben erschienene 27. Heft des 2. Jahrgangs dieser aktuellen Wochenschrift enthält folgende Artikel: Karl Legien: Was von Elm f. Julian: Die Politik des Sumpfs. N. Pörs: Durchhalten für unsere Zukunft! R. H. W.: Die Lage der Arbeiter nach dem Kriege. Wilhelm Häusgen: Die Eisenindustrie unter dem Krieg. Konrad Haenicke: Literarische Rundschau. Thomas Herbert: Gedächtnis aus Heinrich Heine. Glosse: Nachmals Organismus - Mechanismus. Die Woche. — Einzelhefte 20 Pf., vierteljährlich 2.30 Mark in allen Buchhandlungen und Postanstalten.

Trauer-Goldstein
Hüte in reichster Auswahl.
Bijoux Handstücke zu billigen Preisen.
Julius Goldstein
Lorenzengasse 4, gegenüber der Markthalle.

Da der Kreis Danziger Höhe

keine Kartoffeln mehr abgeben kann, verlieren die für diesen Kreis ausgeteilten Kartoffelbesorgungsscheine, auch soweit die Ausfuhrerlaubnis bereits erfolgt ist, mit dem 29. Oktober ihre Gültigkeit. Neue Scheine werden auf den Kreis nicht ausgeteilt. Gebühren für nicht erfüllte Ganz- oder Teillieferungen werden auf Antrag seitens der Empfangsstelle zurückgezahlt.

Der Magistrat.

Sie empfinden, soweit wie möglich.

Kartoffeln

auch in größeren Mengen von den Friedenslieferanten zu beziehen, sofern diese in den Kreisen Kartaus, Berent und Neustadt wohnen.

Aus anderen Kreisen kann Bezug in kleineren Mengen beantragt werden mit Ausnahme von Danzig-Höhe. Anmeldungen für familiäre Bezüge werden entgegengenommen.

Magistrat, Pfefferstadt 38, 1.

Neue-Welt-Kalender für 1917

ist für 50 Pf. (nach auswärts 10 Pf. Porto) zu beziehen durch die Buchhandlung Volkswacht, Danzig, Paradiesgasse 32

Konsum- u. Spargenossenschaft für Danzig und Umgegend

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht
Sonntag den 29. Oktober 1916, nachmittags 3 Uhr
im Bildungsvereinshaus, Hintergasse 16

Ordentliche Generalversammlung

- Tagesordnung:
1. Bericht über das Geschäftsjahr 1915/16.
 2. Beschlußfassung über die Verwendung des reinen Ueberschusses.
 3. Entlastung des Vorstandes.
 4. Verlesung des Revisionsberichts.
 5. Anregungen und Wünsche.

Die an der Generalversammlung teilnehmenden Mitglieder wollen einen Ausweis über ihre Mitgliedschaft mitbringen. Die Bilanz sowie die Ueberschuss- und Verlust-Rechnung liegen in den Verkaufsstellen Tischlergasse 41 und Brunshöfer Weg 24 zur Einsicht aus. Dort ist auch der gedruckte Geschäftsbericht unentgeltlich zu haben.

Der Aufsichtsrat.
A. Richard Jäpel, Vorsitzender.

Bekanntmachung.

Im Interesse der öffentlichen Sicherheit wird für den Bereich des XVII. Armeekorps hinsichtlich der Festungen auf Grund der §§ 4 und 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. 6. 1851 und 11. 12. 1915 (R. G. Bl. S. 450) folgendes bestimmt:

Ausnahmen von dem im § 2 der Verordnung über den Verkehr mit Tauben vom 31. 3. 16 (Reg.-Anzeigerblatt Danzig S. 206, Marienwerder S. 217) enthaltenen Verbot des Handels und Transports von lebenden Tauben kann, insoweit es sich nicht um Brieftauben handelt, der für den Aufenthaltsort des Verkäufers oder Abnehmers zuständigen Regierungspräsident bewilligen. Anträge sind durch die Landwirtschaftskammer oder den Landrat einzureichen.

Der Handel und Transport von Brieftauben ist unter allen Umständen verboten.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Danzig, Graubenz, Thorn, Culm, Marienburg, den 10. Oktober 1916

Stellvertreter des Generalkommando XVII. Armeekorps.
Der kommandierende General

Die Gouverneure der Festungen Graubenz und Thorn.
Die Kommandanten der Festungen Danzig, Culm, Marienburg.

Buchhandlung Vorwärts

Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Neue Steuern während des Krieges?

Von Gustav Hoch, M. d. R. Preis 1 Mark
Verlagsausgabe 60 Pfennig

Die neuen Steuerentwürfe, für die das gesamte deutsche Volk Interesse hat, werden in dieser Schrift ausführlich und im allgemein verständlicher Form kritisch behandelt. An Hand reichlichen Materials beantwortet der Verfasser die Frage, ob und in welcher Form neue Einnahmen des Reiches während des Krieges notwendig sind.

Praktische Steuerpolitik oder Steuerdogmatik?

Von Heinrich Cunow Preis 1 Mark
Verlagsausgabe 50 Pfennig

Diese Broschüre bietet eine gute, gemeinverständliche Einführung in die Aufgaben der Steuer- und Finanzreform nach dem Kriege und bildet somit gewissermaßen eine Ergänzung zu obiger Schrift.

Elsas-Lothringen und die Sozialdemokratie

Von Hermann Wendel, M. d. R. Preis 75 Pfennig
Verlagsausgabe 40 Pfennig

Inhalt: Elsas-Lothringen als Kriegsziel. — Geschichtliches. — Die deutsche Sozialdemokratie und Elsas-Lothringen. — Nach 44 Jahren. — Die wirtschaftliche Verknüpfung. — Elsas-Lothringen und Frankreich.

Arbeiterkultur und Krieg

Von Heinrich Schulz, M. d. R. Preis 75 Pfennig
Verlagsausgabe 25 Pfennig

Aus dem Inhalt: Kultur und Arbeiter. — Kultur und Klassenkampf. — Nationale und internationale Kultur. — Krieg und Kultur. — Klassengegenstand und Klassenkampf nach dem Kriege usw.

Danziger Nachrichten

Auf zur Stadtverordnetenwahl!

Die bürgerlichen Parteien des Rathhauses haben eine Verständigung mit der Sozialdemokratie bei den städtischen Wahlen wieder abgelehnt! Sie wollen ihre besonderen Interessen auch weiterhin unter Ausschluß der Arbeiterpartei vertreten. Jeder Arbeiter, der es ernst meint mit seinen Interessen als städtischer Bürger muß gegen dieses in keiner anderen größeren Stadt übliche Verfahren durch die Wahl sozialdemokratischer Kandidaten protestieren. Die Wähler sind nach ihrem Besitz in drei Klassen geteilt. Die arbeitenden Kreise der Bürgerschaft haben trotz der über 31 000 Wähler, die sie zählen, nur insgesamt 21 Stadtverordnete. Genau so viele Stadtverordnete entfallen auf die nur 240 Wähler der ersten Klasse! Hieraus ergibt sich allein schon, wie wenig die Ablehnung der sozialdemokratischen Kandidaten, gerechtfertigt und wie notwendig die selbständige Wahlbeteiligung der Arbeiterschaft ist.

Die Wahlen der dritten Abteilung finden statt:
Für den ersten Abstimmungsbezirk am Mittwoch,
den 25. Oktober.

Unsere Kandidaten sind:

Gastwirt **Gustav Reimann**
Gewerkschaftsbeamter **Paul Frümgel**
zu wählen auf sechs Jahre,
Kassenrentner **Eugen Sellin**
auf zwei Jahre.

Der zweite Abstimmungsbezirk wählt am Freitag,
den 27. Oktober.

Unsere Kandidaten sind:

Gastwirt **Gustav Reimann**
Redakteur **Adolf Bartel**
zu wählen auf sechs Jahre.

Der dritte Abstimmungsbezirk wählt am Montag,
den 30. Oktober.

Unsere Kandidaten sind:

Gastwirt **Gustav Reimann**
Parteisekretär **Julius Wehl**
zu wählen auf sechs Jahre.

Gewählt wird von morgens 10—2 und von 4—10 Uhr abends.

Zu welchem Wahlbezirk jeder Wähler gehört und wo er wählt, ist aus der Wahlkarte ersichtlich, die ihm vom Magistrat zugestellt wird. Diese Karte dient als Ausweis und ist zur Wahl mitzubringen.

Jeder organisierte Arbeiter muß ein eifriger Agitator für die Wahl unserer Kandidaten sein.

Arbeiter, Geronnen, rüttelt die Säumigen und Gleichgültigen auf, veranlaßt sie, unsere Kandidaten zu wählen.

Stellt Euch zur Wahlarbeit zur Verfügung.

Die sozialdemokratische Parteileitung.

Der Ausschuh des Gewerkschaftskartells.

Zwei sozialdemokratische Stadträte in Lichtenberg.

Die Lichtenberger Stadtverordneten-Versammlung beschäftigte sich mit der Neuwahl von sechs unbesoldeten Magistratsmitgliedern. Da die sozialdemokratische Fraktion den Wunsch geäußert hatte, gleichfalls im Magistrat vertreten zu sein, hatten sich die bürgerliche Vereinigung und die sozialdemokratische Fraktion dahin geeinigt, die Stadträte Kiebold, Klotter, Glasche und Koch wieder- und zwei sozialdemokratische Kandidaten zu wählen. Mit allen gegen die Stimmen der Mittelstandspartei wurden darauf der Gewerkschaftssekretär Müller und der Stadtverordnete Ritter auf eine Amtszeit von sechs Jahren zu unbesoldeten Stadträten gewählt.

In Danzig, wo nach der jüngst abgegebenen Erklärung des Oberbürgermeisters Scholz die Forderung des Reichstagslers: Freie Bahn den Tüchtigen! längst verwirklicht worden ist, klingt diese Nachricht geradezu unnatürlich. Es wurden für die sozialdemokratischen Stadträte nicht etwa neue Stellen geschaffen, sondern zwei bürgerliche Stadträte, Groß und Bernhardt, auf Grund der Verständigung nicht wiedergewählt. Diese Regelung wäre hier, wo die kommunale Gerechtigkeit der Bürgerlichen sich hinter die steinharte Formel von der Erhaltung des Besitzstandes, die jedes Unrecht heilig spricht, verscharrt, als völliger Umsturz angesehen worden.

Danzig im Reichstage.

Danziger Verhältnisse, die speziell die Sozialdemokratie angehen, wurden in den letzten Verhandlungen des Reichstages von zwei Abgeordneten der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft erwähnt. In der Vollziehung vom 13. Oktober machte Abg. Wurm bei der Besprechung der Kartoffelfrage Mitteilungen. Diese ergänzte Abg. Dittmann, nach dem Bericht des Vorwärts, in den Verhandlungen der Subjektionskommission am 16. Oktober. Der Vorwärts berichtet hierüber:

„Der Vertreter des Kriegsministeriums, Oberst v. Friesberg, teilte mit, daß das Kriegsministerium am 2. Juli d. J. eine Verfügung an alle kommandierenden Generale erlassen habe, um die Wünsche des Reichstages in bezug auf die Schuphait, soweit es irgend ging, durchzuführen. In dieser Verfügung werde vorgeschrieben, daß die Schuphait nur in wirklich unumgänglich notwendigen Fällen verfügt und nur so lange aufrecht erhalten werde, als dies unvermeidlich sei. Unzulässig sei es, heißt es in der Verfügung weiter, die Schuphait als ein Strafmittel anzuwenden. — Abg. Dittmann (Soz. Arb.) führt demgegenüber ein Rundschreiben des stellvertretenden Generalkommandes in Danzig vom 12. September 1916 an. Das Rundschreiben ist also erlassen, nachdem bereits die Verfügung des Kriegsministeriums zugegangen war. In diesem Rundschreiben heißt es wörtlich:

„Es besteht die Gefahr, daß die Ernährungsfragen von der Sozialdemokratie als Kampfmittel ausgenutzt werden. Auch sonst ist bemerkt worden, daß in Sitzungen usw. gemäßigtere sozialdemokratische Führer schärfer als sonst sprechen und besonders die Preisfrage bei der Lebensmittelversorgung in den Vordergrund stellen. Durch scharfe Maßregeln sind in zwei Kornbezirken gute Erträge erzielt worden. Die hauptsächlichsten Führer und Helfer wurden in Schuphait genommen oder zum Militär eingezogen.“

Es ist also in Danzig gerade das Geschehen, was in der Verfügung des Kriegsministeriums als unzulässig bezeichnet worden ist.

Nach der Lage der Dinge können wir uns hierzu, unter Standpunkt gegenüber dem Delegationszustande ist auch bekannt, nur in tatsächlicher Hinsicht äußern. Unseres Wissens, und wir übersehen die Verhältnisse genau, ist in Danzig noch kein einziger Parteigenosse in Schup-

hait genommen worden! Der Schlußsatz des von Dittmann erwähnten Schreibens ist, wie der Wortlaut deutlich zeigt, auch nicht ein Mittelteil von Vorgängen in Danzig. Vielmehr wird darin nur das Vorgehen in anderen Kornbezirken erwähnt. Was wir sonst zu diesen Dingen, auch nach anderer Richtung wohlmeinend mahnenb sagen müßten, muß einem späteren Zeitpunkt überlassen bleiben.

Unsere Feststellung, daß in Danzig bisher über keinen Sozialdemokraten ein Redeverbot oder die Schuphait verhängt worden ist, gilt auch für das übrige Weipreuzen.

Die Bezüge der Urlauber.

Ein ganz besonderes Kapitel ur täglichen Gesprächsstoff bildet bei den zum Heeresdienst Eingezogenen die Gewährung von Urlaub und die Anwendung der Bestimmungen und Verfügungen über Zahlung von Gebühren (Lohnung und Verpflegungsgeld) während des Urlaubs. Nach den neuesten Verfügungen des Kriegsministeriums unterscheidet man folgende Arten von Urlaub:

I. Ohne Gebühren Beurlaubte: a) gewöhnliche Urlauber; b) zu gewerblichen Zwecken sowie zur Ausübung des Zivildienstes Beurlaubte.

Zu Ia Beurlaubte erhalten, falls die Urlaubsdauer eine ganze Lohnungsdekate (10 Tage) einnimmt, keine Lohnung, keine Verpflegungsgebühren und keinen Freifahrtsschein. Ausgenommen sind die unter V Erwähnten, die die Entschädigung erhalten müssen. Zu Ib Beurlaubte erhalten für die gesamte Urlaubsdauer — einzelne Tage einbezogen — weder Lohnung noch Verpflegungsgebühren und keinen Freifahrtsschein.

IIa. Infolge Krankheit oder Verwundung Beurlaubte (§ 72 RMV.) erhalten Lohnung, aber keine Verpflegungsgebühren.

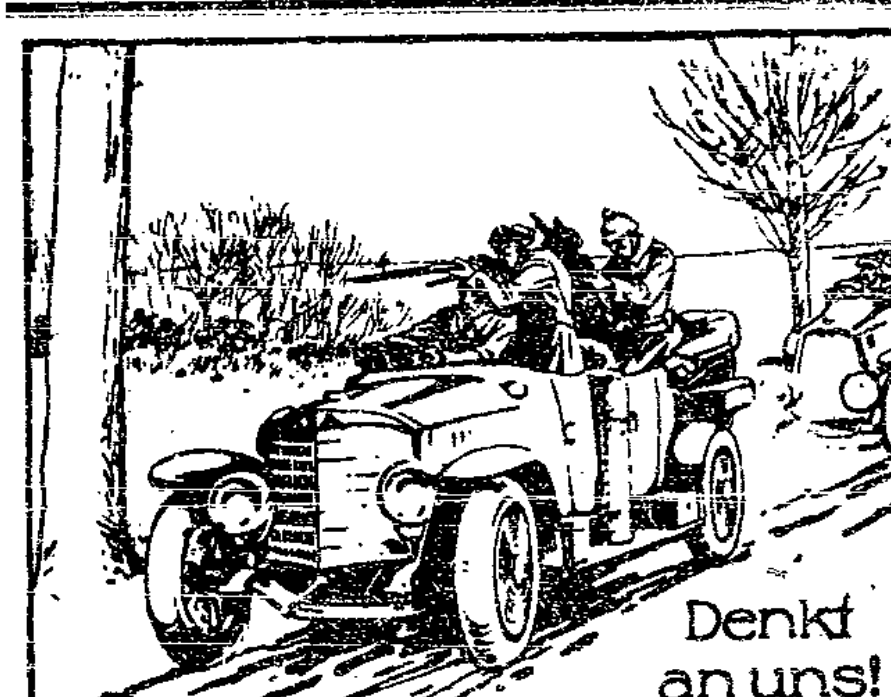
IIb. Ernteurlaub sowie zu landwirtschaftlichen Zwecken Beurlaubte erhalten Lohnung und Verpflegungsgebühren (1,35 Mk. Beköstigungsgeld und 15 Pf. Brotgeld pro Tag). — Hierzu hat das Kriegsministerium eine Einschränkung gemacht, nach welcher die für größere landwirtschaftliche Betriebe Beurlaubten keinerlei Gebühren erhalten sollen. Wie groß der Betrieb sein muß, um die Gewährung der Gebühren zu versagen, ist in der angezogenen Verfügung nicht zum Ausdruck gebracht.

III. Zur Wiederherstellung der Gesundheit Beurlaubte erhalten Lohnung und Verpflegung (1,35 Mk. Beköstigungsgeld, 15 Pf. Brotgeld).

IV. Beurlaubte, bei denen ein Rentenverfahren eingeleitet ist (§ 38 RMV.) erhalten bis zum Abschlusse des Rentenverfahrens und für den Fall, daß sie vor Ablauf dieser Zeit eine erwerbbringende Beschäftigung nicht ausüben können, ebenfalls Lohnung und Verpflegungsgelder.

V. Heimaturlaub mit Freifahrtsschein (RMV. 1915) erhalten Lohnung und Verpflegung, jedoch nicht bei öfter wiederholten und Sonntagsbeurlaubungen. Diese Bestimmungen werden von den Truppenteilen ganz verschieden ausgelegt. Es ist in der Verfügung des Kriegsministeriums nicht zum Ausdruck gebracht, welcher Zeitraum verstrichen sein muß, um erneut Anspruch auf einen Freifahrtsschein und Verpflegungsgebühren erheben zu können.

— Die Beurlaubungen der Mannschaften. Infolge einer Eingabe des Reichstagsabgeordneten Marquart teilt das preussische Kriegsministerium mit, daß die Kommandobehörden und Truppen schon mehrfach angewiesen worden seien, nach Beendigung der wichtigsten landwirtschaftlichen Arbeitsperioden vorzugsweise Angehörige anderer Erwerbszweige zu beurlauben und hierbei in erster Linie Verheiratete zu berücksichtigen, die sich in wirtschaftlicher Notlage be-



Denkt
an uns!
Sendet

Galem Aleikum
(Hohlmundstück)
Galem Gold
(Goldmundstück)

Zigaretten.
Willkommenste Liebesgabe!
Preis: Nr. 3 4 5 6 8 10
4 5 6 8 10 12 Pf. d. Stück.
einschließlich Kriegsaufschlag

20 Stück feldpostmäßig verpackt portofrei!
30 Stück feldpostmäßig verpackt 10 Pf. Porto!
Orient-Tabak- u. Cigarettenfabr. Yenidze Dresden.
Joh. Hugo Zietz, Hoflieferant S.M.d.Königs Sachsen.



Volksernährung

— Städtische Kinderpeisung in Berlin. Am Montag, den 2. Oktober geht die kostenfreie Mittagsspeisung der bedürftigen Gemeindefunkinder, die bisher dem Verein für Kinderwohlthätigkeit mit städtischer finanzieller Beihilfe übertragen war, auf die Stadt über. Anrecht auf Teilnahme haben nur die Kinder, denen in der Schule wegen ihrer Bedürftigkeit eine Wochenpeisung ausgeschrieben ist. Jede Schule erhält genaue Weisung, wohin sich ihre Kinder zur Mittagsspeisung zu begeben haben. Diese findet teils in den Zentralküchen und Speiseausgabestellen — getrennt von den Erwachsenen —, teils in Klassenzimmern derjenigen Gemeindefunkinder statt, deren Lernstellen als Ausgabestellen dienen. Die Speisung findet für die Kinder der Unterstufe (7., 6. und 5. Klasse) um 12¼ Uhr, für die der Mittelstufe (4. und 3. Klasse) um 1¼ Uhr und für die der Oberstufe (2. und 1. Klasse und Oberklasse) um 1¼ Uhr statt. In Groß-Berlin werden vom 2. Oktober ab den jugendlichen Personen zwischen 12 und 17 Jahren besondere Zusatzkarten zum Bezuge von 500 Gramm Brot auf den Kopf und die Woche zugeteilt werden. Diese Zuwendungen erfolgen unabhängig von den Vermögensverhältnissen, in denen der Jugendliche lebt.

„Mit dem eisernen Besen!“

Die „Korrespondenz des evangelischen Presbyterverbandes für die Provinz Posen“ veröffentlicht einen scharfen Artikel gegen den Lebensmittelwucher und fordert von den regierenden Kreisen, daß sie zur Erkenntnis gelangen, wie unhaltbar diese Zustände sind. Das Blatt fügt dann noch hinzu:

„Wie notwendig diese Erkenntnisse sind, zeigen die letzten Skandale: die Getreidehochpreise in Westpreußen und Posen, die Anklagen wegen Kettenhandels mit bereits verdorbenen Nahrungsmitteln, die Tatsache, daß die Preise von fertigen Erzeugnissen sich fast nie von allein dem Abschlag in dem Preise des Rohmaterials anpassen, sondern hier alles erst erzwingen werden muß. Hierbei handelt es sich keineswegs mehr um Ausnahmefälle, sondern, nein, um Häufungen und Regelmäßigkeiten, die auf eine weitgehende Vergiftung der Gesinnung hindeuten. Ist dies aber der Fall, dann kann nur der eiserne Besen noch helfen und eine Entschlossenheit zur Selbstreinigung, die kein Mittel unversucht läßt und vor nichts zurückschreckt. Oder soll uns der widerliche Handelsgeist trotz äußerer Siege innerlich überwinden, den wir an England verachten, den aber ein kleiner Kreis von „Handelsleuten“ auch bei uns recht gut gelernt hat und in fragwürdiger Gesinnungsgemeinschaft mit unserm größten Feind immer wieder beweist? Wir wollen unserm Volke seine deutsche und sittliche Gesinnung erhalten wissen, ja wir wollen sie für seine Zukunft als leitende Macht haben! Darum muß der eiserne Besen seines Amtes walten, denn es ist Gefahr im Verzug, daß die sittlichen Begriffe und Urteile auf diesen Gebieten sich noch weiter verirren.“

Der eiserne Besen wurde schon oft verlangt und auch versprochen. Wenn es aber an das Auslegen gehen sollte, zeigte es sich, daß man von solcher gründlicher Methode noch weit entfernt ist.

— Kriegsgewinn. In Köln fand dieser Tage die Generalversammlung der Aktionäre der Vereinigten Stahlwerke von der Oppen und Wiffener Eisenhütten statt. In dieser konstatierte, wie wir der „Rheinischen Zeitung“ entnehmen, der Aktionär Beyer (Redakteur unseres Kölner Parteiblattes), daß der Rohgewinn dieser Gesellschaft im letzten Jahre von 5 225 000 Mark auf nicht weniger als 17 Millionen Mark gestiegen ist, also das Aktienkapital voll erreicht hat. Es ergibt sich ein Reingewinn von annähernd 7 Millionen Mark gegen 3,4 im vorletzten Geschäftsjahre. Wesentlich ist, daß diese Gewinne heute nicht mehr im freien Wirtschaftsverkehr zwischen Privaten erzielt worden sind; die Unternehmungen arbeiten für das Reich, liefern Kriegsmaterial, sind eine Art von Staatswerkstätten geworden. Der Aufsichtsrat erhält für das verfloßene Geschäftsjahr eine Tantiemenvergütung von nicht viel weniger als 1½ Millionen. Auf jeden der Herren Aufsichtsräte kommen 40 000 Mark, auf den Herren Vorstehenden 60 000 Mark. Aktionär Beyer wies ferner darauf hin, daß nach einer vorliegenden Berechnung pro Kopf des Arbeiters ein Rohgewinn von 4250 Mark, ein Reingewinn von 1725 Mark erzielt worden sei. Es wurde nach größeren Abschreibungen die Verteilung einer Dividende von 25 Prozent beschlossen.

Die Joseph Weiermann, Schuhwarenfabrik Aktien-Gesellschaft, Burglundstadt, hat auch für das abgelaufene Geschäftsjahr 10 Prozent Dividende verteilt. — Die Höfer u. Hochmeyer A.-G., Siebenbrunn i. Sa., auch eine Schuhwarenfabrik, hat mit einem Reingewinn von 70 000 Mark abgeschlossen, woraus wieder 10 Prozent Dividende verteilt worden sind. — A.-G. Charlottehütte Niederberghausen. Die Gesellschaft hat im abgelaufenen Geschäftsjahre 4,72 Millionen Mark (einschl. Köln-Münster) Bruttogewinn erzielt (2,6 einschl. Köln-Münster i. B.). Nach Abzug der Abschreibungen und Abgänge in Höhe von 1,59 Millionen Mark (629 100 Mark) bleibt ein Reingewinn von 3,13 Millionen Mark (1,97 Millionen). Es wird daraus eine Dividende von 16 Prozent (8 Prozent) vorgeschlagen. — Die Kaiserwälder Dampfmühlwerke A.-G. vormals C. Häbener Nachf. beschloß die Ausschüttung einer Dividende von wieder 16 Prozent. Die Gesellschaft arbeitete in der Kriegszeit ausschließlich für die Kriegsgüterfabrikation G. m. b. H. und für Behörden gegen Wahllohn.

den. Die betreffenden Erlasse habe der Kriegsminister im Großen Hauptquartier kürzlich nach dem Bedarf an Hilfsmitteln für die Landwirtschaft nachgelassen hat, allgemein wieder in Erinnerung gebracht. Dabei sei besonders darauf hingewiesen worden, daß angestrebt sei — ohne Rücksicht auf eine vorliegende Notlage oder auf sonstige Bedürfnisse — allen Mannschaften, vor allem den Verdienten, die ein Jahr oder länger ununterbrochen im Felde gestanden haben, Erholungsurlaub zu gewähren, soweit es die militärischen Interessen irgend zulassen. Da die Herbstbeilegung (auch im Weinbau) noch nicht vollendet sei, auch die militärische Lage zeitweilig noch Beschränkung auferlegt, werde die angestrebte Erweiterung der Urlauben vornehmlich nur allmählich — wahrscheinlich erst in den Herbst- und Wintermonaten — in die Erscheinung treten.

Landwirtschaftlicher Arbeitszwang

Durch Verordnung vom 16. Oktober hat das Stelven-Generalkommando für das 17. Armee-Korps sowie die Gouvernements von Graudenz und Thorn und die Kommandanten von Danzig, Culm und Marienburg für diese Gebiete den Zwang zur Ausführung landwirtschaftlicher Arbeiten verfügt. Danach ist jede männliche und weibliche Person nach Maßgabe ihrer Kräfte, ihrer Fähigkeiten und ihres Standes nach Aufforderung der Ortspolizeibehörde zur Ausführung landwirtschaftlicher Arbeiten auch in einem benachbarten Gemeinde- oder Amtsbezirk und an Sonntagen verpflichtet. Die Ent-

lohnung soll angewiesen ordentlich erfolgen. Auf Beschwerde entscheidet die Ortspolizeibehörde und schließlich endgültig der Regierungspräsident. Dieser entscheidet auch, ebenfalls endgültig, über die Heranziehung zur Arbeit. Doch hat auch diese Beschwerte keine aufschiebende Wirkung. Die Weigerung kann mit bis zu 1 Jahr Gefängnis, bei mildernden Umständen mit Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft werden. Als Weigerung gilt auch grobe Schamlosigkeit bei Ausführung der Arbeit.

Kriegsprofit und Gutsankäufe. Die Danziger Neuesten Nachrichten berichten über die folgenden bemerkenswerten Gutsankäufe: Die Deutsche Tageszeitung macht darauf aufmerksam, daß im Laufe der letzten drei Monate die nachfolgenden Güter an Danziger Kaufleute und Kriegslieferanten verkauft worden sind: Osterwitz, Kreis Danziger Riederung, an Sadzfabrikanten Deuschendorf für 530 000 Mark; Neudorf, Kreis Danziger Riederung, an Pferdehändler Boh für 240 000 Mark; Kl. Garg, Kreis Dirschau, an Melassefabrikanten Müller für 1 050 000 Mark. Ferner ist das Rittergut Wolla bei Pselplin durch Vermittlung der „Agrarbank“ G. m. b. H. in Thorn und Danzig für den Preis von 550 000 Mark an den Kaufmann Kurt Prang aus Danzig mit Inventar und voller Ernte verkauft worden. Die Uebernahme ist bereits erfolgt.

Der Firma Prang wurde, wie wir in der Nr. 30 mitteilen, vom Volksepräsidium der Handel verboten. Wir berichteten später, daß das Verbot nicht beachtet wurde. Um so reichere Früchte hat es getragen.

Die G. m. b. H. Speisehallen sollen nach dem Beschluß der letzten Stadtverordneten-Versammlung endlich von der Stadt übernommen werden. Wenn das geschieht, steht jedoch noch dahin. Der Oberbürgermeister sprach von mehreren Monaten, die noch bis zur Beschaffung der neuen Kessel für die Schlachthofküche vergehen würden. Bis dahin scheint also die G. m. b. H. noch allein regieren zu sollen. Dann müßte aber der Magistrat mindestens dafür sorgen, daß die Küchen auch sonntags geöffnet werden! Wir haben schon vor Monaten kritischer geschrieben, daß die Küche auf Langgarten an Sonntagen geschlossen ist. Dieser Zustand besteht leider noch immer. Wie will man ihn angesichts der ersten Schilderung der Ernährungsfrage sogar vom Magistratsrat noch länger verantworten?!

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bartel, Danzig.
Verlag Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig.
Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg i. Pr.

Jungstädtisches Gesellschaftshaus
Am Mansaplatz Schichaugasse Nr. 6
● Sonntag den 22. Oktober 1916: ●
[] Große Vorstellungen []
● Dinse ●
Familien-Programm! 1896
Nachmittags [] Uhr Anfang.
Abends [] Uhr Anfang.
Nach der Vorstellung: Konzert, Kabarett
Montag und folgende Tage: Das neue Programm.

Wochenplan des Danziger Stadttheaters.
Montag, 23. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: „Fra Diavolo“, Oper von Luber.
Dienstag, 24. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: „Klein Eva“, Lustspiel von Olga Ott, hierauf: Ballet.
Mittwoch, 25. Okt., abds. 7 Uhr: „Waldmäre“, v. Rich. Wagner.
Donnerstag, 26. Okt., abends 7 Uhr: „Das Dreimäderlhaus“, Singpiel, Musik nach Franz Schubert.
Freitag, 27. Okt., abds. 7 Uhr: „Klein Eva“, hierauf: Ballet.
Sonnabend, 28. Okt., 3 Uhr nachm.: „Abigene auf Laurie“, Schüleraufstellung. Abends 7 1/2 Uhr: „Hafemanns Töchter“, Volksstück von F. Kröner.
Sonntag, 29. Oktober, nachm. 3 Uhr: „Das Hünenbergische Ei“, Fregödie v. Harlan, 2. Volksaufstellung. Abends 7 Uhr: „Lorenzkäufer“, von Richard Wagner.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek

1. Die erste Hilfe bei Unfällen. Von Dr. Carl Heiler
2. Das erste Lebensjahr. Von Dr. Silberstein
3. Gesundheitspflege des Nervensystems. Von Dr. Hirschfeld
4. Der Achtstundentag. Von Dr. Jodel-Berlin
5. Alkoholitage und Arbeiterfrage. Von Dr. Frölich
6. Das Schattbild. Von Dr. Silberstein
7. Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten. Von Dr. Gebert
8. Kleidung und Ernährung. Von Dr. Chejcs
9. Wie sollen wir uns kleiden? Von Dr. D. Bernsteins
10. Der Arbeiterurlaub. Von Dr. H. Epstein
11. Das medizinische Aberglauben. Von Dr. E. Theising
12. Das Wasserheilverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters. Von Dr. S. Munder
13. Verhältnis und Heilung des Stotterens. Von L. Jordan
14. Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie. Von Dr. J. Martke
15. Jähne und Zahnpflege. Von Gertraud Arnold
16. Von und Erregbarkeit des menschlichen Körpers. Von Dr. Carl Heiler. Mit zahlreichen Illustrationen
17. Der Schlaf. Von Dr. E. Theising
18. Die Krankenpflege im Hause. Von Job. Rauter-Mannheim
19. Die Professionskrankheit, ihre Entstehung und Vermeidung, Verhütung und Heilung. Von Dr. Jodel-Berlin
20. Alkoholisierung. Von Otto Kühle. Mit zahlreichen Illustrationen
21. Haut- und Haarpflege. Von Dr. S. Chejcs-Berlin
22. Wie halten wir uns vor Herzkranheiten? Von Dr. E. Kersch
23. Die Hygiene der Arbeiterwohnung. Von Hugo Hübner
24. Die Schmarotzer des Menschen. Von Dr. H. Frölich
25. Die Krankheiten des Ohres, der Nase und des Rachens. Sport und Arbeiter. Von Dr. Silberstein
26. Die Jahre der Geschlechtsreife. Von Dr. Joseph-Dejnyg
27. Volksernährung. Von Dr. Julius Martke
28. Die Berufswahl mit Rücksicht auf die Tauglichkeit für den Beruf. Von Dr. Jodel-Berlin
29. Die Berufskrankheiten der Baubauer. Von Dr. Silberstein
30. Die Berufskrankheiten der Arbeiter. Von Dr. H. Frölich
31. Das Auge und seine Erkrankungen. Von Dr. B. Seeligson
32. Die Berufskrankheiten d. Gasarbeiter. Von Dr. H. Heintze
33. Die Berufskrankheiten der Schneider und Textilarbeiter. Von Dr. Jodel-Berlin
34. Die Berufskrankheiten der Metzger und Fleischer. Von Dr. med. E. Theising
35. Die Krebskrankheit. Von Dr. J. Jodel-Berlin
36. Ueber Genussmittel. Von Dr. H. Frölich
37. Die Berufskrankheiten der Arbeiter, Metzger und Fleischer. Von Albert Fied
38. Die Berufskrankheiten der Landarbeiter. Von Dr. Grunwald

Jedes Heft kostet 20 Pfennig

Das Ausgabe auf halbjährigen Papier jedes Heft 50 Bg

Die Abbestellungen sind für jedermann verständlich geschrieben und können in jeder Familie liegen

Jedes Heft ist für sich abgegrenzt und einzeln löslich

So es der Gebrauch erfordert, sind Abbildungen beigelegt

Buchhandlung Volkswacht, Danzig, Paradiesgasse 32.

Die Kinder
nehmen gern die wohlgeschmeckten Wobin-Tabletten, die sie vor den Folgen der rauhen Winterzeit bewahren. Seit fast 30 Jahren als wirksames Hausmittel anerkannt.

Wobin-Tabletten

Karbid Lampen
Karbid- und Taschenlampen, Sprechmaschinen, Schallplatten, Nähmaschinen, vor- und rückwärtsgehend. 1315
A. Hein, Breitagasse 113.

Die Zeit ist da!

Ihren Ulster oder Paletot einzukaufen

Meine schicken Fassons Meine billigen Preise
Meine enorme Auswahl Meine gediegene Verarbeitung

erregen die allgemeine Bewunderung der Käufer.

Mass-Abteilung: Ich führe die neuesten Stoffe, liefere vorzügliche Arbeit zu den heutigen Verhältnissen entsprechend mässigen Preisen

Sämtliche Neuheiten für Herbst und Winter sind eingetroffen

**Fertige Anzüge :: Lodenjoppen :: Pelzjoppen
Paletots :: Ulster :: Bozener Mäntel :: Capes**

Grösste Auswahl in Jünglings- und Knaben-Bekleidung

Tel. 2121 **J. Rosenbaum,** Breitgasse Nr. 128-29

Alleiniger Lieferant des Konsum-Vereins für Danzig

Bitte um Beachtung meiner Schaufenster

Der wahre Jakob
pro Nummer 10 Pfennig
Buchhandl. Volkswacht.

Familien-Unterhaltungsabend
Sonntag, 22. Oktober
im Café Bürgergarten, Steppuhn

Konzert * Theater * Vorträge

Zum Schluss [384]

Gänseverlosung
Anfang 5 Uhr Eintritt 30 Pfennig

Arbeitergesangverein Sängerguß
Leiter des Gesanges: Herr Hauke

Am Sonntag den 29. Oktober 1916
im Saale des Bürgergartens, Siedlitz:

Unterhaltungs-Abend

Gesangsansführungen der Frauen- und Männer-Abteilungen, Konzert
:: Ernst und heitere Vorträge ::

Begint des Konzerts 5 Uhr, des Gesanges 6 1/2 Uhr
Ende 12 Uhr. — Eintritt 40 Bg, Militär 20 Bg.
Kinder bis 14 Jahren frei. — Vorverkauf:
Buchhandlung Volkswacht = Zigarettengeschäft
Siedlitz, Siedlitzdamm. [398]

In freien Stunden

Echt gefachelt **Schnupftabak** offeriert
garant. rein.
Julius Gosda, Rohstoffgroßhandlung und Schnupftabakfabrikation
Danzig, Ede Häfergasse 5 u. 2. Priefergasse 5. Fernspr. 2426

APOLLO - THEATER
III. Damm Nr. 3

Spielplan vom 21. bis 24. Oktober 1916

Preisauschreiben: Eine Million. Sensationschlager in 3 Akt.
Ein medizinisches Rätsel. Kriminaldrama in 3 Akten

Brillante Praxis || **Meine Frau hat Mut**
Humoreske || Sehr humoristisch

Frauenraub || **Eiko-Kriegswoche**
Drama || Aktuell

Sonnabend, Sonntag und Montag nachmittags:
Grosse Kinder- und Jugend-Vorstellung
mit besonders schönem Programm

Jetzt ist es die höchste Zeit für den Einkauf des Winterbedarfes in Schuhfett: die Preise werden höher, wenn die Saison heranrückt.

Tran muß das Schuhfett erhalten, wenn es wasserfest machen soll.

Dr. Gentner's
Schuhfett Tranolin und Universal-Tran-Leberfett

sind erstklassige Schuhfette und können prompt geliefert werden. Ebenso der beliebte nichtabfärbende De-Wachs-Leberfett-Parfüm.

Heerführerplafone.
Fabrikant: Carl Gentner, Chem. Fab. Köpplingen (Württemberg).

